

seduta n. 91 del 18 giugno 1996

Vorsitz: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

Ore 10.15

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen.
Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

DENICOLO: (Sekretär):(verliest das Protokoll)
(segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine, somit gilt es als genehmigt.

PRÄSIDENT: Ich darf die Mitteilungen verlesen:

Am 13. Juni 1996 haben die Regionalratsabgeordneten Willeit, Fedel, Ianieri, Delladio und Klotz den Beschlußantrag Nr. 138 vorgelegt. Er betrifft die Änderung des Artikels 30 des Autonomiestatuts über die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten des Regionalrats - Anwendung des Verfahrens gemäß Artikel 104 des Statuts.

Es sind folgende Anfragen vorgelegt worden:

- die Anfrage Nr. 208, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Bolzonello und Taverna über die Werbekampagnen, die das Wirtschaftsförderungsinstitut der Handelskammer Bozen in den letzten fünf Jahren durchgeführt hat;
- die Anfrage Nr. 209, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Bolzonello und Taverna über die Veranstaltungen, an denen die Handelskammer Bozen und die angeschlossene Genossenschaft zur Förderung des Exports teilnehmen.

Es sind folgende Anfragen beantwortet worden:

- die Anfrage Nr. 196, vorgelegt von den Regionalratsabgeordneten Zendron und Kury über die Lärmschutzwände, die die Brennerautobahn AG errichten läßt.

Der Text der Anfrage Nr. 196 und die schriftliche Antwort bilden integrierenden Teil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Am 17. Juni 1996 ist Regionalratsabgeordneter Romano Viola von der Fraktion PDS des Regionalrats zurückgetreten.

PRÄSIDENT: Wir kommen somit zur Tagesordnung und zwar zu den **Gesetzentwürfen 27: Regelung der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen der Region Trentino-Südtirol (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter) und Nr. 34: Neue Bestimmungen auf dem Sachgebiet der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen (eingebracht vom Regionalausschuß).** Art. 33 ist bereits verlesen worden. Änderungen gibt es keine. Wer meldet sich zum Art. 33 zu Wort?

Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Im Art. 25 steht ausdrücklich, daß der Landesausschuß die Kontrolle auf die Fürsorgekörperschaften nach den Bestimmungen dieses Abschnittes im Sinne des Art. 54, Punkt 5 des Autonomiestatutes ausübt, der eben die Gesetzmäßigkeitskontrolle regelt und der sagt, daß dem Landesausschuß die Aufsicht und Kontrolle über die öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen usw. obliegen, und zwar einschließlich der Befugnis zur gesetzlich begründeten Suspendierung und Auflösung ihrer Organe. Und dann steht: "in den obgenannten Fällen und wenn die Verwaltung aus irgendeinem Grunde nicht in der Lage ist, ihre Tätigkeit auszuüben, steht dem Landesausschuß auch die Ernennung von Kommissaren zu, die in der Provinz Bozen aus jener Sprachgruppe zu wählen sind, die im wichtigsten Vertretungsorgan der Körperschaft die Mehrheit der Verwalter stellt". Also die Kontrolle besteht in der Gesetzmäßigkeitskontrolle und in der Befugnis zur gesetzlich begründeten Suspendierung und Auflösung der Organe, wenn die Verwaltung aus irgendeinem Grunde nicht in der Lage ist, ihre Tätigkeit auszuüben; dann können Kommissare ersetzt werden. Aber nicht das, was hier steht, soll gelten, wo es heißt: "Der Landesausschuß kann jederzeit die Verwaltung der ÖFWE zu den Zwecken der Koordinierung der Tätigkeiten und der Einheitlichkeit der Führung überprüfen". Das hat mit Gesetzmäßigkeitskontrolle, wie im Art. 54 des Autonomiestatutes näher beschrieben wird und worauf der Art. 25 dieses Gesetzentwurfes Bezug nimmt, nichts zu tun. Das ist eine Sachkontrolle, d.h. der Landesausschuß kann sich in die Verwaltung als solche einmischen, kann selber verwalten, wie es da heißt: zum Zwecke der Koordinierung der Tätigkeiten und der Einheitlichkeit der Verwaltungstätigkeit. Das widerspricht dem Art. 54 des Autonomiestatutes, und zwar so wie der Art. 25 dieses Gesetzes klar sagt, es darf nur der Art. 54, was die Kontrolle betrifft, angewendet werden, sodaß hier eine Verfassungswidrigkeit, ein Verstoß gegen den Art. 54 des Autonomiestatutes vorliegt. Und das genügt an sich, denn der Art. 54 ist eine Verfassungsgesetzesbestimmung. Selbstverständlich gilt auch der Art. 130 der Verfassung, aber der Art. 54 ist nichts anderes als eine nähere Ausführung des Art. 130 der Verfassung. Also: "Die Verwaltung überprüft zum Zwecke der Koordinierung der Tätigkeiten und der Einheitlichkeit der Führung..." dies hat mit der Gesetzmäßigkeitskontrolle und mit der Sachkontrolle, die nur darin bestehen darf, daß man die Körperschaft auffordert, einen gewissen Beschluß noch einmal zu überlegen, nichts zu tun. Wir wissen ja, daß diese Körperschaften nicht als ordentliche örtliche

Körperschaften behandelt werden, sondern als Dienstleistungskörperschaften entweder der Provinz oder der Gemeinden.

Ich möchte noch einmal die hier versammelten Regionalräte erinnern, daß seinerzeit mit der Crispi-Reform von 1890 die italienische Regierung, die etwa ähnlich wie die Regierung Prodi ausgerichtet ist, d.h. eine sozialistische Regierung, die sogenannten Vinzensvereine - in Italien waren es die opere pie - abschaffen wollte, also jene Vereine, auf die die katholische Kirche ihren Einfluß auf die Tätigkeit ausgeübt hat: All diese opere pie wurden der Kirche entzogen, verstaatlicht, und der Staat hat sie dann übernommen. Das war die Crispi-Reform. Es wird zum Beispiel hier in einem Heft erklärt, wo es auf italienisch heißt: "Il sistema attuato da Crispi è stato il seguente: esistevano dei patrimoni dai quali si ricavavano rendite perpetue e destinate a scopi assistenziali. Lo stato non provvedeva all'assistenza con gli oggetti delle imposte cioè con le casse dell'erario, ma ha ritenuto di pubblicizzare questi patrimoni personificati dalle opere pie, ha fatto riforme, ha soppresso, ha raggruppato, ha concentrato, ha trasformato i fini, ha violato la volontà dei fondatori in quanto ha utilizzato questi patrimoni qualificati di manomorta, per procedere all'assistenza ai poveri cioè l'assistenza ai poveri della chiesa è stata d'autorità presa nonchè assunta nell'ambito dello Stato e come attività della Pubblica Amministrazione". Mich wundert eigentlich, daß ausgerechnet der Regionalrat des Trentino-Südtirol hier die Abschaffung der Crispi-Reform, die Verwandlung dieser sogenannten opere pie in öffentlich-rechtliche Körperschaften, wie sie der Verfassungsgerichtshof ausgesprochen hat, gar nicht zur Kenntnis nimmt. In diesem Gesetz heißt es vor allem: Es gilt das Gesetz von 1890, soweit es nicht durch das Regionalgesetz vom Jahr 1988 abgeändert worden ist! Auch hier heißt es in diesem Gesetz, es gilt erstens das alte Staatsgesetz, dann gilt das Regionalgesetz vom Jahr 1988, mit den Änderungen, die hier eingeführt werden und später kommt dann eine Neuordnung, die die ganze Regelung mit einem umfassenden, einheitlichen Regionalgesetz zusammenfaßt. Es fällt also kein Wort in diesen Gesetzen, daß die Crispi-Reform abgeschafft ist.

Ich weiß, man kann sagen, daß der Verfassungsgerichtshof ja den Artikel abgeschafft hat. Aber das Regionalgesetz muß das zur Kenntnis nehmen und weitermachen, indem diese verstaatlichten opere pie weiter öffentlich-rechtliche Körperschaften gemäß Crispi-Reform bleiben und sie werden nicht nur der im Art. 54 des Autonomiestatutes näher geregelten Gesetzmäßigkeitskontrolle und auch der Sachkontrolle im Sinne der Verfassung unterworfen, sondern praktisch einer Sachkontrolle, die darin besteht, daß sich entweder das Land oder die Gemeinde anstelle der Körperschaften setzen kann, wie es hier im Art. 33 der Fall ist. Diese Regelung hier im Art. 33 widerspricht nicht dem Art. 54, sondern entspricht dem Grundsatz, der im Art. 25 dieses Gesetzes ausgedrückt ist, wo man sagt: "Der Landesauschuß übt in Anwendung des Art. 54, Ziffer 5 des Autonomiestatutes die Kontrolle über die öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen gemäß den Bestimmungen dieses Titels aus". Der Art. 54 läßt zu, daß wenn die Organe suspendiert oder aufgelöst werden, dann eben Kommissare ernannt werden können, und zwar auch dann, wenn die Verwaltung aus irgendeinem Grund nicht in der Lage ist, ihre Tätigkeit auszuüben. Im

übrigen gibt es nur die Gesetzmäßigkeitskontrolle, sodaß der Art. 33 als solcher eben dem Art. 54 des Autonomiestatutes widerspricht und daher verfassungswidrig ist.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen? Keine. Dann gebe ich das Wort dem Präsidenten des Ausschusses.

GRANDI: Per dire che su questa questione ci siamo già soffermati nell'ultima seduta. Debbo ribadire qui molto brevemente che occorre distinguere, per capire la ratio di questo articolo, tra il controllo di legittimità e di merito che compete alla Provincia e questa forma, che non definirei tanto di controllo, quanto piuttosto di verifica, che le due Province debbono fare, relativamente alle modalità di gestione dell'assistenza.

Abbiamo previsto questo articolo perché è evidente che questi debbono essere considerati come dei soggetti che sono dentro un quadro di programmazione generale delle province medesime. E' quindi opportuno prevedere questi momenti di verifica, che sono sulla gestione amministrativa, al fine del coordinamento delle attività e della omogeneità di gestione. Abbiamo previsto che siano dentro questo provvedimento di legge, proprio per fare in modo che tra le singole azioni che vengono portate avanti dalle singole IPAB, vi sia un alto grado di compatibilità, rispetto alle azioni di carattere generale, che debbono essere portate avanti da parte delle due province.

Quindi si tratta di due modalità di controllo sostanzialmente diverse tra di loro.

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt über den Art. 33 mit Feststellung der Beschlußfähigkeit ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 29 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 7 Stimmenthaltungen ist der Art. 33 genehmigt.

Art. 34

(Scioglimento e sospensione del Consiglio di amministrazione)

1. I Consigli di amministrazione delle I.P.A.B. vengono sciolti con deliberazione della Giunta provinciale nei casi in cui:

- a) compiano atti contrari alla Costituzione o gravi persistenti violazioni di legge;
- b) non possa essere assicurato il normale funzionamento degli organi e dei servizi a causa di dimissioni o decadenza di almeno la metà dei Consiglieri, oppure per mancata approvazione del bilancio entro il termine massimo del 31 dicembre dell'anno precedente a quello cui si riferisce l'esercizio, prorogabile per eccezionali circostanze di non oltre sessanta giorni.

2. Con la deliberazione di scioglimento la Giunta provinciale provvede alla nomina di un Commissario, che esercita le attribuzioni conferitegli con la deliberazione stessa.

3. Il rinnovo del Consiglio di amministrazione, nelle ipotesi di scioglimento, deve avvenire secondo le modalità e nei termini previsti dall'articolo 4.

4. La deliberazione di scioglimento del Consiglio di amministrazione dell'I.P.A.B. e di nomina del Commissario è pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione.

5. Nel caso contemplato alla lettera *a*) del comma 1 ed in attesa della deliberazione di scioglimento, la Giunta provinciale, per motivi di grave ed urgente necessità, può sospendere per un periodo comunque non superiore a trenta giorni, i Consigli d'amministrazione delle I.P.A.B. e nominare un Commissario per la provvisoria amministrazione delle stesse.

6. Nelle I.P.A.B. della Provincia di Bolzano il Commissario di cui ai commi 2 e 5 deve appartenere al gruppo linguistico maggioritario, quale risulta dalle dichiarazioni rese nell'ultimo censimento generale della popolazione, con riferimento al territorio nel quale l'I.P.A.B. esplica, a norma di statuto, la propria attività in via principale.

Art. 34

(Auflösung und Enthebung des Verwaltungsrates)

1. Die Verwaltungsräte der ÖFWE werden mit Beschluß des Landesausschusses in den nachstehenden Fällen aufgelöst:

- a) wenn sie verfassungswidrige Handlungen oder schwere wiederholte Gesetzesverletzungen begehen;
- b) wenn die normale Tätigkeit der Organe und der Dienste wegen des Rücktritts oder des Verfalls von mindestens der Hälfte der Mitglieder oder wegen der ausbleibenden Genehmigung des Haushaltes innerhalb 31. Dezember des Vorjahres des betroffenen Haushaltsjahres nicht gewährleistet werden kann, wobei die besagte Frist in außerordentlichen Fällen um nicht mehr als sechzig Tage verlängert werden kann.

2. Mit dem Beschluß zur Auflösung ernennt der Landesausschuß einen Kommissar, der die ihm durch denselben Beschluß erteilten Befugnisse ausübt.

3. Die Neubestellung des Verwaltungsrates muß im Falle der Auflösung nach den Einzelheiten und innerhalb der Fristen erfolgen, die im Artikel 4 angeführt sind.

4. Der Beschluß zur Auflösung des Verwaltungsrates der ÖFWE und zur Ernennung des Kommissars wird im Amtsblatt der Region veröffentlicht.

5. In dem im Absatz 1 Buchst. a) vorgesehenen Fall und in Erwartung des Beschlusses zur Auflösung kann der Landesausschuß aus schwerwiegenden und dringenden Gründen die Verwaltungsräte der ÖFWE für einen Zeitraum von nicht mehr

als dreißig Tagen auflösen und einen Kommissar für die provisorische Verwaltung der Einrichtung ernennen.

6. In den ÖFWE der Provinz Bozen muß der im Absatz 2 bzw. im Absatz 5 dieses Artikels angeführte Kommissar der Sprachgruppe angehören, die nach den bei der letzten allgemeinen Volkszählung abgegebenen Erklärungen als stärkste Sprachgruppe hervorgegangen ist, wobei das Gebiet berücksichtigt wird, in welchem die ÖFWE im Sinne der Satzung ihre Tätigkeit vornehmlich ausübt.

PRÄSIDENT: Die beiden Abänderungsanträge vom Ausschuß zum Art. 34 sind zurückgezogen.

Wer möchte das Wort ergreifen? Bitte, Abg. Leitner.

LEITNER: Danke Herr Präsident! Ich möchte nur den Regionalausschuß fragen, warum der Abänderungsantrag, der die Nummer 5754/20 trägt, zurückgezogen worden ist, mit dem man eingeführt hätte, daß der Kommissar die Bescheinigung über die Kenntnis der italienischen und der deutschen Sprache haben muß. Wenn ich mich recht erinnere, war dies auch schon Gegenstand der Diskussion in der Kommission. Jetzt ist ein Abänderungsantrag vom Ausschuß vorbereitet worden und warum wird der jetzt wieder zurückgezogen?

PRÄSIDENT: Möchte von den Abgeordneten niemand mehr das Wort? Nein. Möchte der Ausschuß das Wort?

Bitte, Präsident Grandi.

GRANDI: ... comunque un emendamento tecnico, che da una rilettura di quanto abbiamo fatto in preparazione dei lavori di oggi, tanto è stato considerato superfluo anche dal nostro ufficio legislativo, per questa ragione lo ho ritirato.

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt über den Art. 34 mit Feststellung der Beschlußfähigkeit ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 24 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 9 Stimmenthaltungen ist der Art. 34 genehmigt.

Art. 35

(Controllo di gestione)

1. Lo statuto può prevedere forme di controllo economico interno della gestione, nonché controlli sulla qualità delle prestazioni assistenziali fornite.

2. Il controllo di gestione è finalizzato alla verifica della efficienza e della economicità della gestione, anche in relazione agli obiettivi prefissati negli atti di programmazione eventualmente approvati dalle I.P.A.B. o dalle Province autonome.

3. Qualora la Provincia autonoma emani in materia direttive indirizzate a tutte le Istituzioni di assistenza e beneficenza circa le modalità di svolgimento del controllo di gestione, per quanto attiene alle fasi di programmazione, di bilancio e di realizzazione degli obiettivi, il controllo dovrà avvenire in conformità alle direttive medesime.

4. La programmazione provinciale di settore può prevedere modalità di unificazione e di comparazione dei controlli di gestione effettuati dalle I.P.A.B., mediante la predisposizione di idonei criteri omogenei di svolgimento.

5. I controlli sulla qualità delle prestazioni assistenziali fornite possono essere esercitati dal Consiglio di amministrazione anche secondo modalità che prevedano sondaggi od altre forme di coinvolgimento degli utenti.

Art. 35
(Verwaltungskontrolle)

1. Die Satzung kann interne wirtschaftliche Kontrollen der Verwaltung sowie die Prüfung der Qualität der erbrachten Fürsorgerleistungen vorsehen.

2. Die Verwaltungskontrolle zielt auf die Überprüfung der Leistungsfähigkeit und der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, und dies auch in bezug auf die Ziele, die in den von den ÖFWE oder von den autonomen Provinzen eventuell genehmigten Programmen vorgesehen sind.

3. Falls die autonome Provinz auf diesem Sachgebiet Richtlinien über die Durchführungsweise der Verwaltungskontrolle im Hinblick Planung, Haushalt und Verwirklichung der Ziele erlassen sollte, die für sämtliche Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen gelten sollen, so hat die Kontrolle in Übereinstimmung mit diesen Richtlinien zu erfolgen.

4. Die diesbezügliche Landesplanung kann eine Vereinheitlichung und eine Gegenüberstellung der von den ÖFWE durchgeführten Verwaltungskontrollen vorsehen, und dies durch die Ausarbeitung angemessener einheitlicher Durchführungskriterien.

5. Die Prüfung der Qualität der erbrachten Fürsorgerleistungen kann vom Verwaltungsrat auch durch Verfahren, die Befragungen oder sonstige Formen der Beteiligung der Benutzer vorsehen, durchgeführt werden.

PRÄSIDENT: Dazu haben wir einen Abänderungsantrag vom Abg. Gasperotti und anderen, Prot. Nr. 6632:

"Punto 6 - controlli generali di indirizzo, di qualità e sulla gestione possono essere attuati anche dai soggetti che hanno costituito l'IPAB.

Il Consiglio di Amministrazione deve rispondere a chi lo ha nominato sempre. - Punkt 6: Allgemeine Kontrollen hinsichtlich der Ausrichtung, der Qualität und der Verwaltung können auch von den Personen durchgeführt werden, die die ÖFWE errichtet haben. Der Verwaltungsrat muß jenen, die ihn bestellt haben, stets Rechenschaft ablegen."

Das Wort hat der Abg. Gasperotti zur Erläuterung.

GASPEROTTI: Questo emendamento sottolinea, come già fatto in precedenza in altri articoli, quanto è possibile vincolare le IPAB presenti sul territorio comunale o intercomunale dalle stesse amministrazioni comunali. Non abbiamo questo vincolo al punto che potrebbe succedere che una politica sociale e assistenziale svolta dall'IPAB, potrebbe essere in contrasto con le linee politiche sociali e assistenziali dell'amministrazione pubblica locale.

Questo sfasamento può avvenire perché gli statuti non danno così rilevanza sempre alle amministrazioni comunali. Se poi dopo, come nel caso dell'assistenza rilevata alle case di riposo, la quota sanitaria assistenziale è pagata dal pubblico e il controllo del pubblico non c'è, a meno che non consideriamo pubblico solo la Provincia, ma in una fase di decentramento come questa, dove le autonomie locali hanno bisogno di avere veramente dei poteri di indirizzo per quanto riguarda l'assistenza e la sanità.

I controlli generali di indirizzo e di qualità voi potrete rispondermi che li possono fare gli amministratori delegati dell'amministrazione comunale, ma questo non sempre avviene perché l'amministrazione comunale ha una sua scadenza e composizione non legata necessariamente alla composizione e alla scadenza delle stesse IPAB.

Quindi potremmo trovare un componente del consiglio di amministrazione delle IPAB di Taio, che svolge un'attività in coerenza alle scelte fatte dal consiglio di amministrazione della stessa IPAB, in contrasto come linee politiche programmatiche assistenziali del comune di Taio, faccio il nome di un comune a caso, non è riferito all'identità dell'ente locale.

Questo mio emendamento, per dare maggior presenza e sostanza alle amministrazioni locali, che sono i comuni, nel senso degli obiettivi politici assistenziali, svolte dalle stesse IPAB. Certo nella mia filosofia non ci sarebbe spazio per l'IPAB in sé, perché questi enti possono svolgere attività molto più coerenti con le scelte politiche locali, facendo parte integrante dei consigli comunali, questo però non è.

Il disegno di legge in questione afferma che le IPAB hanno un loro spazio, ebbene se questo spazio rimane ancora per scelta politica, facciamo in modo che ci sia una presenza vera nelle scelte e nei condizionamenti delle amministrazioni locali, gli enti locali, i comuni rispetto alle scelte che i consigli di amministrazione fanno sul territorio per la loro attività svolta di assistenza e beneficenza come le IPAB.

Inserito in un capitolo, dove si parla di controlli, può anche sembrare inopportuno, ma se non rimane nient'altro, almeno ci sia una verifica anche da parte dell'ente locale, che è il comune, paritario rispetto alla provincia. Questa mia proposta, anche se in fondo dà un'affermazione forte, cioè quella che il consiglio di amministrazione deve rispondere a chi lo ha nominato, perché stiamo vivendo nella provincia di Trento gestioni IPAB che vanno per conto loro, eletto il componente del consiglio di amministrazione per la quota da parte dei consigli comunali, questo poi se

ne va per conto suo e non si riesce a dimetterlo; gli articoli di giornali si occupano spesso di queste cose.

Ritengo che ci sia bisogno di affermare che l'ente locale presente sul territorio più decentrato come quello dell'amministrazione comunale, che più democrazia di base non porta, questa amministrazione comunale ha bisogno di essere presente in maniera forte e di avere la facoltà di eseguire controlli sia generali di indirizzo che di qualità sulla gestione e sugli obiettivi. Grazie.

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ich verstehe diesen Antrag vom Abg. Gasperotti und von seinem Standpunkt aus ist er folgerichtig. Aber selbstverständlich betrachtet auch er diese sogenannten Fürsorgekörperschaften als Dienstleistungskörperschaften der Gemeinden oder des Landes. Wenn sie wirklich örtliche öffentliche Körperschaften sind, dann können sie nicht einfach behandelt werden, als ob sie nur Dienstleistungseinrichtungen des Landes oder der Gemeinden wären. Und dann heißt es da: "Falls die autonome Provinz auf diesem Sachgebiet Richtlinien über die Durchführungsweise der Verwaltungskontrolle im Hinblick Planung, Haushalt und Verwirklichung der Ziele erlassen sollte, die für sämtliche Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen gelten sollen, so hat die Kontrolle in Übereinstimmung mit diesen Richtlinien zu erfolgen." Da geht man über die Grundsatzbestimmungen, die im Art. 54 vorgesehen sind, weit hinaus. Neben der Gesetzmäßigkeitskontrolle und der Sachkontrolle, wie sie im Art. 54 und im Art. 130 der Verfassung vorgesehen ist, wird eine eigene Kontrolle eingeführt "im Hinblick auf Planung, Haushalt und Verwirklichung der Ziele".

Stellt euch vor, wenn das gegenüber diesen Fürsorgekörperschaften gilt, dann gilt es auch für die Gemeinden. Ich verstehe nicht, warum die Fürsorgekörperschaften, wenn sie örtliche öffentliche Körperschaften sind, grundsätzlich anders behandelt werden als die Gemeinden. Das, was der dritte Absatz hier vorsieht, nimmt diesen Körperschaft die Mindestautonomie, die sie aufgrund der Verfassung und des Art. 54 haben sollten. Ich verstehe das nicht, abgesehen davon, daß ich nicht verstehe, warum ausgerechnet die Region Trentino-Südtirol - wir gelten seit eh und je als eine der katholischsten Regionen Italiens - nicht die Gelegenheit wahrnimmt, mit diesem Gesetz endlich die Wiederherstellung der sogenannten opere pie, bei uns als Vinzenzvereine bekannt, tatsächlich zu fördern. Im Gegenteil - die große Mehrheit ist auch in Südtirol dafür, daß das, was seinerzeit dem Einfluß der Kirche durch die Reform Crispi entzogen worden ist, beibehalten wird und daß sie ja nicht zum Stand als Vinzenzvereine zurückkehren, die die Kirche irgendwie geleitet hat und jedenfalls aufgrund der neuen Verfassung Italiens seit 1948 zulässig ist. Deswegen hat der Verfassungsgerichtshof nach langer Zeit gesagt, diese Verstaatlichung ist verfassungswidrig. Warum fördert man das nicht? Hier wird mit der Verstaatlichung weitergemacht. Nicht nur, daß sie als öffentliche Körperschaften anerkannt sind und bleiben, sondern auch daß sie einer Kontrolle unterworfen werden, die für die Gemeinden nicht existiert und die im Widerspruch zum Art. 54 des Autonomiestatutes

ist, d.h. daß für diese "Verwaltungskontrolle für Planung, Haushalt und Verwirklichung der Ziele" Richtlinien erlassen werden, Region oder Provinz ist dann gleich, und sie haben sich daran zu halten und das Land kann diesbezüglich anstelle der Körperschaft in die Verwaltung eingreifen.

Abg. Gasperotti schlägt vor, daß dieser Eingriff in die Verwaltung von den Vertretern, die die Körperschaft errichtet haben, ausgeübt werden kann: Entweder ich gebe ihnen den Stand zurück, den sie als Stiftungen gehabt haben, dann ist das eine private Angelegenheit oder wenn sie örtliche öffentliche Körperschaften bleiben, dann dürfen sie nur im Sinne des Art. 54 des Autonomiestatutes kontrolliert werden, sodaß auch diese vom Abg. Gasperotti vorgeschlagene Änderung dem Grundsatz zuwiderläuft, daß es sich um örtliche öffentliche Körperschaften handelt, die nur der Gesetzmäßigkeitskontrolle unterworfen werden können und was die Sachkontrolle betrifft, nur in dem Sinne, wie es im Art. 54 des Autonomiestatutes vorgesehen ist und nicht irgendeiner sonstigen Kontrolle, sei es von seiten des Landes oder anderer Vertreter.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch aus den Reihen der Abgeordneten zu Wort? Niemand. Dann gebe ich dem Präsidenten Grandi das Wort.

GRANDI: Grazie signor Presidente. Siamo sempre dentro questo delicato problema dei controlli su queste istituzioni pubbliche di beneficenza e di assistenza. Ora mi rendo perfettamente conto, cons. Gasperotti, della esigenza che siano effettuate tutte le forme possibili di controllo, soprattutto in casi come questo, nei quali si è in presenza di denaro pubblico. Peraltro dobbiamo tener conto della necessità che siano rispettati alcuni principi e tra questi dobbiamo mettere anche quello sia dell'autogoverno delle IPAB, sia dell'autonomia dei singoli amministratori. Inoltre, pur rispettando la sua proposta, debbo anche dire che siamo costretti a ribadire il fatto che il rapporto che deve intercorrere tra i designati da un determinato ente ed il lavoro che questi debbono svolgere dentro un consiglio di amministrazione di altro ente, non deve prefigurare una sorta di rapporto di dipendenza tra enti.

Questo in sostanza per dire che nonostante le IPAB abbiano designazioni di consiglieri di amministrazione da comuni, non sono enti da considerarsi come tali, dipendenti dai comuni medesimi.

Allora questo emendamento, che pure ha una sua ratio, va un po' contro il rispetto sia delle esigenze di autogoverno delle IPAB, che quello di autonomia dei singoli amministratori. Noi abbiamo previsto che il controllo sia limitato alla Giunta provinciale. Debbo anche dire che non mi pare sia del tutto motivato l'inserimento di un vincolo fra i componenti del consiglio di amministrazione e l'ente designante, stante anche il fatto che nelle IPAB vogliamo che sia valorizzata anche l'indipendenza e la stessa responsabilità degli amministratori.

E' per questa ragione che vorrei chiedere di comprendere il fatto che non possiamo accogliere questo suo emendamento, anche se comprendiamo le ragioni che hanno indotto lei a presentarlo.

PRÄSIDENT: Der Abg. Gasperotti hat das Wort zur Replik.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Volevo aggiungere che non ci sono solo necessità di riscontro fra le politiche espresse dalle amministrazioni comunali e quelle messe in atto dalle IPAB, non c'è solo bisogno, come si dice all'art. 33, che ci sia un controllo ed una verifica sulla gestione amministrativa dell'attività e dell'omogeneità della gestione, guardi Presidente, su questa omogeneità della gestione, presente nell'art. 33, lo sa che abbiamo due opinioni diverse sull'omogeneità, vorremmo che tutti fossero così o colà, ecco perché sull'omogeneità ho dei problemi, ma qui si tratta di riconoscere alle amministrazioni comunali il coinvolgimento di queste amministrazioni stesse nelle politiche assistenziali presenti sul loro territorio, dovremo dare anche la possibilità di controllo, perché i controlli generali di indirizzo di qualità sulla gestione non avvengono a monte delle decisioni, ma a valle e quindi si chiamano controlli, non interferenza, si chiama verifica dell'operato di queste IPAB sul territorio.

Se vogliamo fino in fondo che queste energie, quelle espresse dalla società a difesa di uno stato sociale, per la maggior parte delle volte e per difendere anche la progettualità che è presente nelle amministrazioni locali, perché non è vero che non c'è progettualità, forse non c'è abbastanza autonomia per esprimere questa al massimo anche sotto il profilo economico e tale riconoscimento lo dovremmo trovare in capo a qualche cosa. Ho bisogno che sia visibile la presenza delle amministrazioni locali in queste amministrazioni IPAB.

Quando nella parte seconda dico "deve" rispondere, la parola "deve" è volutamente messa lì, perché il delegato nel consiglio di amministrazione dell'IPAB da parte del comune deve rispondere del proprio operato a chi lo ha espresso ed è un "deve" politico, perché si sceglie di mettere in campo scelte contrarie a quelle espresse dal consiglio comunale o dalla giunta; è opportuno che questo soggetto, non più rappresentante delle politiche comunali si faccia da parte, se non lo vuole fare diamo libero spazio e diritto all'interno degli spazi amministrativi comunali.

Erano solo questi due i bisogni, cioè la visibilità di esprimere scelte autonome di politica assistenziale sul territorio da parte delle amministrazioni comunali. Se non ritenete che siano maturi i tempi ne prenderò atto, considerando che sia un'occasione persa per dimostrare nei fatti quanto si continua a ribadire su tutti i giornali ed in tutte le occasioni che le comunità cittadine hanno il diritto-dovere di pensare molto di più di quanto pensano ora e possibilità di agire rispetto ai problemi della società che rappresentano, quindi anche ai bisogni e all'espressione della soluzione dei problemi che sono legati a questi bisogni. Grazie.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Abänderungsantrag des Abg. Gasperotti ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 1 Ja-Stimme, 5 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

...Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Der Präsident des Regionalausschusses hat als Antwort auf den Abg. Gasperotti davon gesprochen, daß Grundsätze eingehalten werden müßten. Diese Körperschaften sind nicht von den Gemeinden abhängig, hat er gesagt, und man muß auf die Unabhängigkeit der Verwalter Bedacht nehmen. Das war insofern eine richtige Antwort, aber das gilt allgemein. Das gilt auch für den Art. 35, so wie er nach wie vor lautet. Es heißt: "Falls die autonome Provinz auf diesem Sachgebiet Richtlinien über die Durchführungsweise der Verwaltungskontrolle im Hinblick Planung, Haushalt und Verwirklichung der Ziele erlassen sollte, die für sämtliche Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen gelten sollen, so hat die Kontrolle in Übereinstimmung mit diesen Richtlinien zu erfolgen". Das heißt also, daß diese Körperschaften, wenn sie nicht von der Gemeinde abhängig sind, vom Land abhängen, denn es ist undenkbar, daß es so etwas gegenüber einer örtlichen öffentlichen Körperschaft geben kann. Ob sie dann Gemeinde oder Fürsorgekörperschaft heißt, ist gleich.

Wenn ihr das gesetzlich zuläßt, widerspricht ihr nicht nur dem Art. 54 des Autonomiestatutes, sondern den Grundsätzen, die Präsident Grandi vorher schön - wenn auch kurz - ausgesprochen hat. Die Verwalter hängen von niemandem ab, sondern müssen das Gesetz befolgen, hängen also hinsichtlich der Verwaltung, mit Ausnahme der Einhaltung des Gesetzes, von niemandem ab, so wie Präsident Grandi dem Abg. Gasperotti geantwortet hat. Hier wird die Mindestautonomie, wie sie für jegliche örtliche Körperschaft gelten müßte, ob sie dann Gemeinde oder IPAB heißt, verletzt, im besonderen dieser dritte Absatz des Art. 35.

Übrigens, die deutsche Übersetzung des Titels ist nicht richtig, er heißt "Verwaltungskontrolle", denn die Verwaltungskontrolle kann auch nur eine Gesetzmäßigkeitskontrolle sein. Im Italienischen heißt es "Controllo di gestione", d.h. es wird nicht nur kontrolliert, ob die Gesetzesbestimmungen eingehalten werden, sondern es wird kontrolliert, wie sie verwalten, ob sie gut oder schlecht verwalten. Gut in dem Sinne, wie ich es mir von seiten der Gemeinde, des Landes oder der Region als gut vorstelle. Für mich sind das Bestimmungen, wo immer von "controllo di gestione" die Rede ist und wo von Überprüfung auf die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung die Rede ist. Warum gibt es diese Kontrolle der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit dieser Fürsorgekörperschaften nicht gegenüber den Gemeinden? Stellt euch vor, wenn es diese Kontrolle auch gegenüber den Gemeinden gäbe, würde von Verfassungswidrigkeit usw. gesprochen werden. Aber dieselben Grundsätze gelten auch für diese Körperschaften. Das sind nicht Dienstleistungskörperschaften, sondern eben örtliche, öffentliche Körperschaften mit einer Mindestautonomie und die nur der Gesetzmäßigkeitskontrolle unterworfen sein dürfen und der Sachkontrolle nur im Rahmen dessen, was im Art. 54 vorgesehen ist und nicht einer Kontrolle, ob sie wohl die Ziele, die in den Programmen der autonomen Provinzen vorgesehen sind, folgerichtig verfolgen.

Es wundert mich wirklich, daß ausgerechnet der Regionalrat der Region Trentino-Südtirol die seinerzeit erfolgte Verstaatlichung durch den Sozialisten Crispi

wahrnimmt. Und jetzt sind sie mit der neuen italienischen Verfassung entstaatlicht worden, wo es heißt, die Fürsorgetätigkeit ist frei und der Verfassungsgerichtshof hat gesagt, daß deswegen diese Körperschaften, die privat gestiftet worden sind, wieder als private Fürsorgekörperschaften hergestellt werden müssen. Daß ausgerechnet wir diese Befreiung, diese Wiederherstellung auch des Einflusses der katholischen Kirche im Rahmen dieser Vinzenzvereine nicht mehr fördern als andere Regionen verstehe ich nicht, meinetwegen wie die Region Sizilien, die ein Gesetz gemacht hat, das sagt, daß diese Körperschaften, wenn sie die Voraussetzung im Sinne der früheren opere pie haben, wieder in private Wohltätigkeitskörperschaften umgewandelt werden können. Mich wundert es, daß ausgerechnet wir hier nichts davon wissen wollen.

PRÄSIDENT: Es sind keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen jetzt über den Art. 35 insgesamt mit Feststellung der Beschlußfähigkeit ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. 23. Wer stimmt dagegen? 3. Wer enthält sich der Stimme?

Mit 23 Ja-Stimmen, 3 Neinstimmen und 5 Enthaltungen ist die Beschlußfähigkeit nicht gegeben. Ich verlese den Artikel 81 der Geschäftsordnung: "Verifica del numero legale - Se non risulta presente tale maggioranza, il Presidente può rinviare la seduta ad altra ora dello stesso giorno, con un intervallo di tempo non minore di un'ora, oppure toglierla a sua discrezione."

...Abg. Mayr, wozu bitte?

MAYR C.: Zum Fortgang der Arbeiten.

Ich verstehe, daß Sie laut Geschäftsordnung eine Stunde unterbrechen müssen, das wäre bis 12.30 Uhr. Ich würde vorschlagen, daß wir bis 15.00 Uhr unterbrechen.

PRÄSIDENT: Es ist allerdings schon zu sagen, daß wir eine dichte Tagesordnung haben, das Gesetz fertig machen müssen. Alles was wir nicht erledigen können, muß später nachgeholt werden.

Die Abg. Mayr hat vorgeschlagen, daß wir bis 15.00 Uhr unterbrechen. Nun eine formelle Frage: Möchte man um 15.00 Uhr fortfahren oder um 12.30 Uhr? ...Der Präsident entscheidet? Gut, dann machen wir um 12.30 Uhr weiter.

(ore 11.30)

(ore 12.35)

PRÄSIDENT: Wir wiederholen die Abstimmung. Wer mit dem Art. 35 einverstanden ist, möge bitte zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben.

Bei 33 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen ist der Artikel genehmigt.

Art. 36
(Assunzione del personale)

1. L'assunzione del personale avviene:

- a) mediante concorso pubblico per esami, per titoli integrato da prova pratica, per titoli ed esami, per corso-concorso secondo quanto stabilito dal regolamento organico del personale dipendente. Nella scelta del sistema di concorso il regolamento organico tiene conto dei particolari requisiti di studio e professionali previsti per i diversi profili professionali all'interno delle qualifiche funzionali;
- b) mediante contratto a termine con orario a tempo pieno o parziale per fronteggiare esigenze eccezionali o straordinarie, anche con riferimento a professionalità specifiche, o per assicurare la continuità del servizio. Il contratto non può avere durata superiore ad un anno ed è rinnovabile fino al limite complessivo di due anni. Tale limite biennale può essere derogato solo nel caso di assunzioni a fini sostitutori di personale collocato in aspettativa per mandato politico o sindacale. Qualora si tratti di personale destinato a svolgere mansioni impiegate le assunzioni a contratto non possono superare il limite del 20 per cento dei posti del ruolo organico del personale impiegatizio, eccettuato il caso di cui al precedente periodo;
- c) mediante l'utilizzo dell'istituto della mobilità del personale del pubblico impiego;
- d) mediante graduatoria pubblica esterna ed interna, effettuata secondo le modalità previste dal regolamento organico predisposto dall'I.P.A.B. o a seguito della pubblica selezione per i profili professionali che richiedono solo il possesso del titolo di studio della scuola dell'obbligo.

2. Le graduatorie dei concorsi pubblici, e di quelli interni previsti per i passaggi di qualifica, hanno validità triennale dalla data di approvazione delle graduatorie ai fini della copertura dei posti resisi nel frattempo vacanti. I concorsi per la copertura dei posti che si renderanno vacanti entro una data certa, possono essere banditi con sei mesi di anticipo rispetto alla data stessa.

3. Sono fatte salve le particolari normative di settore concernenti il personale delle I.P.A.B. che gestiscono scuole di qualsiasi ordine e grado.

4. Le I.P.A.B. possono prevedere nel regolamento che non oltre il cinquanta per cento, arrotondato per eccesso, dei posti in organico vacanti, riferiti ai singoli profili professionali, siano riservati a favore dei dipendenti già in servizio.

5. La copertura dei posti di cui al comma 4 avviene mediante concorso interno per esami ovvero mediante riserva nei concorsi pubblici di un numero di posti non superiori alla metà di quello messo a concorso. Ai concorsi sono ammessi i dipendenti inquadrati in qualifiche funzionali immediatamente inferiori a quelle relative al posto messo a concorso, i quali siano in possesso dei requisiti culturali richiesti per l'accesso a tale ultima qualifica ovvero del titolo di studio prescritto per l'accesso alla qualifica di appartenenza purché inquadrati nei ruoli dell'Istituzione di assistenza e beneficenza da almeno quattro anni.

6. Il Presidente dell'I.P.A.B. è autorizzato ad assumere, con proprio provvedimento immediatamente esecutivo, sulla base di obiettivi criteri di scelta o di rotazione prefissati con regolamento, personale supplente in sostituzione di dipendenti assenti dal servizio per infermità per periodi superiori ad un mese, nonché per effetto delle disposizioni della legge 30 dicembre 1971, n. 1204. L'assunzione del personale supplente è disposta per il periodo corrispondente all'assenza del dipendente da sostituire. Al personale supplente è corrisposto il trattamento economico iniziale previsto per le qualifiche funzionali di appartenenza del personale sostituito, oltre all'indennità integrativa speciale ed alle altre competenze accessorie.

Art. 36
(Aufnahme von Personal)

1. Die Aufnahme von Personal erfolgt:

- a) durch öffentlichen Wettbewerb nach Prüfungen, nach Titeln mit einer zusätzlichen praktischen Prüfung, nach Titeln und Prüfungen oder durch einen Lehrgang-Wettbewerb nach den in der Personalordnung festgesetzten Bestimmungen. Bei der Wahl der Wettbewerbsart berücksichtigt die Personalordnung die besonderen kulturellen und beruflichen Voraussetzungen, die für die verschiedenen Berufsbilder in den entsprechenden Funktionsrängen vorgesehen sind.
- b) durch befristeten Vertrag mit Voll- oder Teilzeitbeschäftigung, um besonderen oder außerordentlichen Erfordernissen auch in bezug auf bestimmte berufliche Kenntnisse nachzukommen oder um die Kontinuität des Dienstes zu gewährleisten. Der Vertrag darf die Dauer von einem Jahr nicht überschreiten und kann bis zu einer Gesamtdauer von zwei Jahren verlängert werden. Von dieser Zweijahresgrenze kann nur abgesehen werden, um Personal zu ersetzen, das zur Ausübung eines politischen oder gewerkschaftlichen Mandats in den Wartestand versetzt worden ist. Falls es sich um Personal handelt, das Obliegenheiten eines Angestellten ausüben soll, dürfen die Aufnahmen mittels Vertrag das Ausmaß von zwanzig Prozent der Planstellen im Angestelltenverhältnis nicht überschreiten, und zwar mit Ausnahme des im vorstehenden Satz angeführten Falles;
- c) durch die Inanspruchnahme der Mobilität des Personals des öffentlichen Dienstes;
- d) durch öffentliche externe und interne Rangordnung gemäß den Bedingungen, die in der von der ÖFWE erstellten Personalordnung vorgesehen sind, oder infolge des öffentlichen Auswahlverfahrens für jene Berufsbilder, für die nur das Abschlußzeugnis der Pflichtschule erforderlich ist.

2. Die Rangordnungen der öffentlichen Wettbewerbe - und der für den Übergang zu den nächsthöheren Funktionsrängen vorgesehenen internen Wettbewerbe - gelten zu den Zwecken der Besetzung der inzwischen frei gewordenen Stellen für die Dauer von drei Jahren ab dem Zeitpunkt ihrer Genehmigung. Die Wettbewerbe zur Besetzung der Stellen, die zu einem genau bestimmten Zeitpunkt frei werden sollen, können sechs Monate vor diesem Datum ausgeschrieben werden.

3. Unbeschadet bleiben die besonderen Bestimmungen über das Personal der ÖFWE, die Schulen jeder Art und Stufe verwalten.

4. Die ÖFWE können in der Personalordnung vorsehen, daß eine aufgerundete Zahl von höchstens fünfzig Prozent der freien auf die einzelnen Berufsbilder bezogenen Planstellen dem bereits im Dienst stehenden Personal vorbehalten sind.

5. Die Besetzung der Stellen gemäß Absatz 4 erfolgt durch internen Wettbewerb nach Prüfungen bzw. in den öffentlichen Wettbewerben durch Vorbehalt einer Anzahl von Stellen, welche die Hälfte der ausgeschriebenen Stellen nicht überschreiten darf. Zu den Wettbewerben sind die Bediensteten zugelassen, welche in Funktionsrängen eingestuft sind, die unmittelbar unter jenem der ausgeschriebenen Stelle liegen, und welche die für den Zugang zu diesem Funktionsrang vorgesehenen Zeugnisse oder den für den Zugang zum Zugehörigkeitsfunktionsrang vorgeschriebenen Schulabschluß besitzen, vorausgesetzt, daß sie seit mindestens vier Jahren im Stellenplan der Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtung eingestuft waren.

6. Der Präsident der ÖFWE ist dazu ermächtigt, mit eigener unmittelbar vollziehbarer Maßnahme aufgrund von objektiven Auswahl- oder Rotationskriterien, die in der Personalordnung festgesetzt sind, Personal zur Vertretung von Bediensteten einzustellen, die wegen Krankheit für eine Zeit von über einem Monat sowie aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Dezember 1971, Nr. 1204 dem Dienst fernbleiben. Die Aufnahme des stellvertretenden Personals wird für den Zeitraum verfügt, welcher der Abwesenheit des zu vertretenden Personals entspricht. Dem stellvertretenden Personal werden die Anfangsbesoldung des Funktionsranges, welchem das vertretene Personal angehört, sowie die Sonderergänzungszulage und die weiteren zusätzlichen Zulagen entrichtet.

PRÄSIDENT: Dazu liegt vom Abg. Benedikter ein Abänderungsantrag vor: "Im sechsten Absatz zum ersten Satz anfügen: "unbeschadet der Bestimmung des Art. 15 des Regionalgesetzes Nr. 20 vom 26. August 1988".

Zuerst aber folgender Abänderungsantrag, Prot. Nr. 6605, eingebracht von den Abg. Ianieri, Kury und Willeit: Dopo le parole "per mandato politico e sindacale" aggiungere "nonchè personale femminile assente dal servizio per gravidanza o puerpero". Nach den Worten "versetzt worden ist" werden die Worte "sowie um weibliches Personal zu ersetzen, das aufgrund einer Schwangerschaft oder Geburt vom Dienst abwesend ist".

Wer meldet sich zu Wort? Die Abg. Kury ist nicht hier. Wer möchte von den Einbringern anstelle der Abg. Kury sprechen? Niemand.

Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Es geht um den Art. 15 des Regionalgesetzes Nr. 20 vom 26. August 1988, das aufrecht bleibt...

PRÄSIDENT: ...Abg. Benedikter, Sie müssten jetzt zum Antrag über das weibliche Personal reden. Ihr Antrag ist der nächste.

...Moment, Abg. Benedikter, jetzt bringe ich zuerst den Antrag der Abg. Ianieri und Kury zur Abstimmung.

...Abg. Gasperotti, bitte.

GASPEROTTI: Presidente, se mi poteva citare il numero di protocollo degli emendamenti, così non facciamo confusione.

PRÄSIDENT: Es handelt sich um den Antrag Nr. 6605, bei den außerordentlichen Ersetzungsgründen von Personal auch die Schwangerschaft und Kindererziehung zu berücksichtigen, also nicht nur, wenn jemand wegen Ausübung eines politischen oder gewerkschaftlichen Mandates abwesend ist, sondern auch wegen der Geburt und Erziehung eines Kindes.

Wir stimmen also darüber ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 3 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Antrag genehmigt.

PRÄSIDENT: Jetzt kommt der Antrag des Ausschusses, Prot. Nr. 5754/21:

Nel comma 2 sono soppresse le parole "e di quelli interni previsti per i passaggi di qualifica".

Nel comma 5, prima proposizione, sono soppresse le parole "mediante concorso interno per esami ovvero".

Nel comma 5 la seconda proposizione è sostituita con la seguente: "La riserva di posti è disposta a favore di dipendenti inquadrati nella qualifica funzionale immediatamente inferiore da almeno quattro anni ed in possesso dei requisiti culturali richiesti per l'accesso alla qualifica messa a concorso."

Im Absatz 2 werden die Worte "- und der für den Übergang zu den nächsthöheren Funktionsrängen vorgesehenen internen Wettbewerbe" gestrichen.

Im Absatz 5 werden im ersten Satz die Worte "durch internen Wettbewerbe nach Prüfungen bzw." gestrichen.

Im Absatz 5 wird der zweite Satz durch den nachstehenden ersetzt: "Der Stellenvorbehalt wird zugunsten von Bediensteten verfügt, welche seit mindestens vier Jahren im unmittelbar unteren Funktionsrang eingestuft sind und die für den ausgeschriebenen Funktionsrang vorgesehenen Zeugnisse besitzen."

Bitte, Präsident Grandi.

GRANDI: E' assolutamente indispensabile, in quanto è finalizzato all'adeguamento della normativa sui passaggi interni di qualifica. Noi dobbiamo apportare questo emendamento in base ai recenti orientamenti che sono stati espressi dalla Corte costituzionale, quindi è assolutamente importante che questo emendamento venga proposto ed approvato, pena naturalmente la non approvazione in sede governativa del disegno di legge stesso.

In questo modo non sarà consentito alcun passaggio con concorso interno e senza il prescritto titolo di studio; quindi non è un emendamento tecnico, ma di sostanza.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen sehe ich keine. Somit stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 6 Enthaltungen und ohne Gegenstimme ist der Antrag genehmigt.

Jetzt kommt der Antrag des Abg. Benedikter, den wir bereits verlesen haben.

Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Da ist im sechsten Absatz vorgesehen: "Der Präsident der ÖFWE ist dazu ermächtigt, mit eigener unmittelbar vollziehbarer Maßnahme aufgrund von objektiven Auswahl- oder Rotationskriterien, die in der Personalordnung festgesetzt sind, Personal zur Vertretung von Bediensteten einzustellen, die wegen Krankheit für eine Zeit von über einem Monat sowie aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Dezember 1971, Nr. 1204 dem Dienst fernbleiben". Also so wie diese Ausnahmebestimmung formuliert ist - und ich habe auch kurze Aussprachen mit Präsidenten Grandi gehabt -, kann man schließen, daß in diesem Fall der Art. 15 des Regionalgesetzes vom 26. August 1988, Nr. 20 nicht mehr anwendbar wäre, nämlich wo es heißt: "Sofern die Gründungsordnung nichts anderes verfügt, werden die in den Stellenplänen der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen der Provinz Bozen vorgesehenen Stellen unter Beachtung des im Verwaltungsrat bestehenden Sprachgruppenverhältnisses besetzt. Zu diesem Zweck werden die Wettbewerbe und die anderen Einstellungsverfahren mit Stellenvorbehalt zugunsten einer jeden Sprachgruppe durchgeführt. Bei den im vorstehenden Absatz vorgesehenen Wettbewerben werden die einer Sprachgruppe vorbehaltenen Stellen, die wegen Fehlens von geeigneten Bewerbern nicht zugewiesen werden, durch Bewerber der anderen Sprachgruppe nach der Rangordnung besetzt". Es wird also in aller Form im Sinne des Art. 60 und 61 des Autonomiestatutes für alle Aufnahmen der sogenannte Proporz vorgeschrieben und da gibt es keine Ausnahme. Es heißt, da ist so quasi ein Notstand, emergenza, und wir müssen schnell Personal aufnehmen und da müssen wir in Gottes Namen vom Proporz Abstand nehmen.

Dann kommen andere Umstände, das Personal wird gemäß Privatvertrag aufgenommen, als ob heute nicht allgemein die Tendenz bestünde, die grundsätzliche Richtlinie der Staatsgesetze zu befolgen, daß weitgehend die Personalaufnahmen privatisiert werden sollen, daß also die Aufnahmen gemäß Bürgerlichem Gesetzbuch erfolgen sollen. Denn stellt euch vor, wenn solche Ausnahmen vom Proporzgrundsatz gelten würden, dann würden wir uns sehr bald vom Proporz befreien. Ihr wißt was beim Staat geschehen ist. Der Art. 89 des Autonomiestatutes sagt, bei rund der Hälfte der staatlichen Stellen gilt der Proporz. Was ist dann geschehen? Das wären 7600 Stellen beim Staat gewesen, wo die Südtiroler von diesen Stellen 72 Prozent besetzen hätten

können. Das war an sich nur die Hälfte der Staatsstellen. Was ist dann passiert? Dann ist zuerst das Telefon, dann die Eisenbahn privatisiert worden, demnächst folgt auch die Post. Der Verfassungsgerichtshof hat gesagt, wenn solche Unternehmen, die einen öffentlichen Dienst versehen, privatisiert werden, dann fallen sie nicht mehr unter den Proporz. Das heißt, von 7600 Stellen bleiben rund 2000 Stellen noch übrig, auch mit dieser Ausnahme, die keinen Sinn hat, denn auf die Weise haben die Deutschen bei den Staatsstellen anstatt wie früher mit 70 Prozent von 7500 Stellen, nur mehr Anrecht mit 70 Prozent von 2000 Stellen. Hingegen hat der Verfassungsgerichtshof gesagt, selbstverständlich gilt der Proporz für die örtlichen Körperschaften wie Provinz, Gemeinden, Handelskammer, Region usw. im Sinne der Art. 60 und 61. Dort kommt er hauptsächlich den Italienern zugute, denn die meisten, von der Provinz angefangen, haben eine deutsche Mehrheit und die könnte, wenn es keinen Proporz gäbe, nur Deutsche aufnehmen.

Es gibt in Südtirol fünf Gemeinden, wo eine italienische Mehrheit ist und wo sie meinetwegen nur Italiener aufnehmen könnten. Ich sage, wenn schon muß der Proporz für alle gleich gelten, denn bei der Provinz, bei den Gemeinden, bei den örtlichen Körperschaften, Handelskammern usw., auch Fürsorgekörperschaften, haben wir fast 20.000 Stellen, wo die Italiener diejenigen sind, die daraus Nutzen ziehen und immerhin auf rund 27 Prozent der Stellen Anrecht hätten, während die Deutschen beim Staat nur mehr auf 70 Prozent von 2.000 Stellen Anrecht haben. Aber der Proporz soll gelten, nicht indem man solche Ausnahmeregelungen vorsieht, denn wenn die hier genehmigt werden und von Rom aus durchgehen, dann gelten sie auch wieder anderswo. Er soll also immer gelten, wenn Personal aufgenommen wird, es sei denn es handelt sich um einen Auftrag, aber wenn Personal regelrecht in ein Dienstverhältnis aufgenommen wird, ob es ein öffentlich-rechtliches oder ein privatrechtliches ist, dann muß der Proporz gelten. Es darf nicht der Zweifel auftreten, der hier auftritt, es wäre ein Ausnahmezustand, eine "emergenza". Dann wird mit Privatvertrag usw. Personal aufgenommen, da braucht es keinen Proporz. Meiner Ansicht nach muß der Grundsatz für alle Personalaufnahmen gelten.

Deshalb habe ich beantragt, um Mißverständnisse zu vermeiden, daß man sagt "unbeschadet der Bestimmung des Art. 15 des Regionalgesetzes Nr. 20 vom 26. August 1988."

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen sehe ich keine. Dann gebe ich das Wort dem Präsidenten des Ausschusses.

GRANDI: Più volte mi sono dovuto confrontare con il cons. Benedikter su questo problema della proporzionale e posso riaffermare qui non solo la volontà della Giunta di fare in modo che questo principio sia teso nel migliore dei modi, ma posso anche dire qui che la Giunta ha adottato alcune decisioni che vanno in questa direzione.

Ora senza dilungarmi oltre, condividendo naturalmente la necessità che al criterio della proporzionale siano uniformati tutti gli atti normativi, in questo caso specifico la Giunta intende accogliere l'emendamento proposto dal cons. Benedikter.

PRÄSIDENT: Dann stimmen wir jetzt über den Antrag des Abg. Benedikter ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 6 Enthaltungen ist der Antrag genehmigt.

PRÄSIDENT: Wenn keine Wortmeldungen sind, müßten wir noch über den gesamten Artikel abstimmen... Das machen wir dann am Nachmittag.

Wir sehen uns um 15.00 Uhr wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 13.02)

Ore 15.05

Vorsitz: Vizepräsident Peterlini
Presidenza del Vicepresidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir fahren mit der Sitzung fort.

Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)

(segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Gasperotti.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Prendo la parola in merito al titolo terzo, dove si parla di personale, perché all'interno del mondo del lavoro, legato alle attività dell'IPAB, siano attività assistenziali nei confronti degli anziani o dei giovanissimi, ci troviamo di fronte ad un mondo più legato alla precarietà del lavoro che alla sicurezza e questa precarietà sconfinata al punto di diventare una mancanza di riconoscimento della dignità del lavoro, perché la gestione dello stesso viene fatta in maniera non dico clientelare, ma legata a dei fattori che non c'entrano nulla con la professionalità e nemmeno con tutto quello che il lavoratore dipendente chiede gli sia riconosciuto come diritto.

Gli artt. 36 e successivi vogliono affrontare il problema del personale in maniera legislativa, non c'è un riconoscimento della contrattazione collettiva di questa materia. L'evoluzione del problema del lavoro dipendente, chiede il diritto di mantenimento dello stato sociale...

Presidente, dovrebbe essere interessante risentire questa registrazione, non riesco a sentire la mia stessa voce...

PRÄSIDENT: Ich bitte Platz zu nehmen und die Gespräche - wenn es unbedingt sein muß - ein bißchen leiser zu führen, weil man hört in diesem Saal tatsächlich das eigene

Wort nicht. Es tut mir leid, wir werden auch einen Tontechniker bitten herzukommen, aber es liegt einfach daran, daß die Stimmen der Abgeordneten lauter klingen als die des Redners und die des Präsidiums. Deshalb muß ich einfach bitten, auch wenn es mir lästig ist, ein bißchen die Gespräche zurückhaltender zu führen oder hinauszugehen. Danke!

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Come dicevo, la precarietà del lavoro, sia in termini di punto fermo, che è il tempo per il quale uno presta la propria opera, sia nella precarietà del riconoscimento della propria professionalità, nuove malattie, nuove attività professionali all'interno di queste strutture, quelle soprattutto legate agli anziani, vedono il bisogno di continuo aggiornamento da parte degli addetti e poco si fa invece per riconoscere a questi addetti la stessa professionalità in termini occupazionali, la garanzia del lavoro ed il riconoscimento dal punto di vista del salario.

Ci si addentra nell'art. 36, dando eccessive giustificazioni alla precarietà del rapporto di lavoro, prevedendo le "esigenze eccezionali", ma nel verificare la pianta organica di queste strutture ci si accorge che il 30% costante per struttura è precario per volontà dello stesso consiglio di amministrazione dell'IPAB.

Questo tipo di precarietà, se da una parte può essere compreso, perché non c'è una certezza di sviluppo, dall'altra parte si deve ricordare che questa mancanza di certezza è legata soprattutto a questioni riguardanti la retta. Allora se domani non si avrà un numero sufficiente di degenti, il numero sufficiente per rapporto corretto fra dipendenti e clienti, si corre il rischio di avere una retta sproporzionata rispetto alle esigenze.

Questo tipo di paura viene coperto con un 30% di precariato, che sono lavoratori che prestano la propria opera con contratto a termine o con contratto parziale anche in modo di tempo e quindi part-time e quant'altro. Questo tipo di precarietà deve essere superato o almeno trovare all'interno di questo titolo terzo un impegno delle province, che sono quelle che vanno a verificare e controllare l'omogeneità del rapporto ed il coordinamento delle attività; le province dovrebbero fare da controllore e stimolare le amministrazioni delle IPAB a correggere questo tipo di impostazione che c'è attualmente.

Non dico che sarà possibile trovare tutte le soluzioni, ma almeno l'intesa di evitare al massimo la precarietà del lavoro. C'è qualche parte del mondo imprenditoriale che ritiene che la precarietà sia l'elemento per sfruttare meglio il lavoratore dipendente; ritengo che sia il contrario e proprio nei settori dove c'è bisogno di molta fantasia e capacità professionale, c'è bisogno anche di un certo tipo di certezza e se voi tenete conto di questo tipo di richiesta, che è quello di avere una garanzia occupazionale, non penso sia impossibile realizzarlo.

Quindi tutte le regole che sono legate anche alla necessaria mobilità fra enti pubblici e questi soggetti nel caso ci fosse bisogno fra le parti di risolvere i problemi, dall'altra parte dovremo trovare anche la risposta positiva a queste necessità, che sono legate alla certezza del lavoro, come riconoscimento di una professionalità che non si costruisce attraverso corsi di formazione, come quelli che abbiamo visto in

provincia di Trento nella scorsa legislatura, 1 miliardo e 800 milioni per informare come si fa ad avere un rapporto corretto con il personale ed i pazienti.

Ritengo sia doveroso da parte nostra impostare questo tipo di rapporto in maniera diversa di come è stato affrontato qui. Non so se saranno le province le delegate, forse si potrebbe intravedere la soluzione a tale problema nell'art. 33, che recita: nel potere di inchiesta e di controllo da parte delle province.

Presidente, non c'è molta soddisfazione a parlare, non dò tutta la colpa all'aula, ma se avete dei tecnici, non voglio insegnare niente a questa Provincia autonoma, ma forse qualche tecnico che ha aggiustato anche delle palestre in quanto rumorose, invitatelo qui, che forse qualcosa farà per risolvere il problema.

PRÄSIDENT: Ha perfettamente ragione, consigliere. Ich muß wirklich bitten, Herr Generalsekretär, daß wir das möglichst in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Landtages in Ordnung bringen, weil für diese große Zahl von Mitgliedern funktioniert die Anlage einfach nicht. Wir hören die eigene Stimme nicht. Das einzige, was ich jetzt tun kann, ist zu bitten, ruhiger zu sein und ich muß einfach strenger durchgreifen, weil wenn man redet, dann schallt das so laut durch...

Bitte, Präsident Grandi, Sie haben das Wort.

GRANDI: Solo per dire che il cons. Gasperotti pone un insieme di questioni che toccano il personale, che sono piuttosto rilevanti. Peraltro devo fare presente che in questo provvedimento legislativo noi possiamo affrontare solo questioni che sono di particolare urgenza, irrinunciabili, mentre la sede per affrontare l'insieme delle questioni che lei propone sarà quella quando ci troveremo a discutere della legge di recepimento del famoso D.P.R. 421 e poi quando discuteremo della legge di riforma organica di tutte le regole che toccano direttamente la Regione o gli enti ad essa collegati.

Per quanto riguarda le questioni che lei pone, anche se per questa ragione non possiamo trattarle in questo provvedimento di legge, le posso garantire che sono oggetto di particolare attenzione e sono già avviate a soluzione in quei due provvedimenti cui ho fatto riferimento. Debbo aggiungere, soprattutto per quanto riguarda il discorso del precariato, che noi dobbiamo comunque, pur avendo in parte la competenza in questa materia, legiferare nel rispetto dei principi delle leggi dello Stato e quindi qui non siamo in un ambito di competenza piena per quanto riguarda la regione, però credo che anche nei confronti dello Stato ci potremo sicuramente fare tramite.

Quindi mi impegno Presidente a raccogliere le indicazioni che lei qui ha voluto fare presente, una parte di queste osservazioni potranno essere recepite nei prossimi provvedimenti legislativi e per il resto vedremo di farci sicuramente tramite con il governo, in modo che anche le leggi sul personale, che vengono emanate in quella sede possano recepire le sollecitazioni, che lei qui opportunamente ha fatto presente.

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt über Art. 36 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 1. Wer enthält sich der Stimme? 4.

Bei 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen ist der Art. 36 genehmigt.

Art. 37
(*Rapporti speciali*)

1. Con riferimento alle esigenze complessive di funzionalità dei servizi forniti, l'I.P.A.B. può avvalersi di personale religioso, sulla base di specifiche convenzioni con i rispettivi ordini ed organizzazioni confessionali.

2. L'I.P.A.B. può avvalersi di personale medico o tecnico-sanitario, di cui sia necessaria l'opera, che può essere utilizzato sulla base di specifica convenzione, ovvero assunto, in via subordinata, mediante contratto nel rispetto della normativa vigente.

3. Per la gestione di attività diverse dal perseguimento dei fini istituzionali e peraltro strumentali ad essi, l'I.P.A.B. può assumere personale con contratto di diritto privato secondo le norme che regolano le specifiche attività.

4. L'I.P.A.B. può stipulare contratti d'opera, ai sensi degli articoli 2222 e seguenti del codice civile, con artigiani che prestano le loro attività in settori che, pur non rientrando nelle finalità istituzionali dell'ente, si presentano necessarie all'organizzazione complessiva dello stesso.

5. Le I.P.A.B. site in Provincia di Bolzano possono, in caso di assoluta necessità, avvalersi di personale come indicato al comma 2 anche se sprovvisto dell'attestato di conoscenza della lingua italiana e tedesca.

Art. 37
(*Besondere Arbeitsverhältnisse*)

1. Mit Bezug auf die Gesamterfordernisse der Funktionalität der erbrachten Dienstleistungen kann die ÖFWE auf der Grundlage besonderer Vereinbarungen mit den jeweiligen Orden und kirchlichen Organisationen Geistliche und Ordensleute in Anspruch nehmen.

2. Die ÖFWE kann ärztliches oder medizinisch-technisches Personal in Anspruch nehmen, dessen Tätigkeit sich als notwendig erweisen sollte, und das auf der Grundlage einer besonderen Vereinbarung eingesetzt bzw., falls dies nicht möglich sein sollte, mittels Vertrag gemäß den geltenden Gesetzesbestimmungen aufgenommen werden kann.

3. Für die Durchführung von Tätigkeiten, die nicht mit der Erreichung der institutionellen Zielsetzungen zusammenhängen und doch für diese zweckdienlich sind, kann die ÖFWE Personal mit privatrechtlichem Vertrag gemäß den Bestimmungen aufnehmen, welche die einzelnen Tätigkeiten regeln.

4. Die ÖFWE kann Werkverträge im Sinne des Artikel 2222 ff. des Zivilgesetzbuches mit Handwerkern abschließen, die ihre Tätigkeit in Bereichen ausüben, die zwar nicht zu den institutionellen Zielsetzungen der Körperschaft gehören, sich jedoch für deren Gesamtorganisation als notwendig erweisen.

5. Die ÖFWE in der Provinz Bozen können, falls die zwingende Notwendigkeit besteht, das im Absatz 2 angeführte Personal in Anspruch nehmen, auch wenn dieses keine Bescheinigung über die Kenntnis der italienischen und der deutschen Sprache besitzt.

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter bzw. alle Abgeordneten, der Abänderungsantrag der Abg. Benedikter, Klotz und Willeit gilt automatisch als angenommen, sei es für den Art. 37 als auch für den Art. 38, weil wir denselben Antrag bereits im Art. 36 angenommen haben und ich ihn folgerichtig durchziehen muß. Der Generalsekretär sagt mir, das geht so in Ordnung. Somit sind alle drei als genehmigt zu betrachten.

Jetzt kommen wir zum Antrag des Ausschusses, Prot. Nr. 5754/22: Il comma 5 è soppresso. Der Absatz 5 wird gestrichen.

Wer möchte das Wort dazu?

Bitte, Abg. Gasperotti.

GASPEROTTI: Presidente, trovo corretto questo punto 5, perché è un nodo che se non va sciolto si scade anche nella qualità del servizio, è una garanzia dell'IPAB che si trova nelle condizioni di assoluta necessità, proprio perché si dice: "in assoluta necessità si possa avvalersi di personale anche non rispettando il comma 2" o comunque nell'attestato di conoscenza della lingua italiana e tedesca.

Non vorrei che questo mio intervento fosse interpretato come mancanza di riconoscimento di tutto quello che è stato riconosciuto dalle leggi e dallo stesso costume, almeno mio, per quanto riguarda la presenza del gruppo etnico tedesco e ladino in provincia di Bolzano, però dall'altra parte c'era la necessità di rispondere a questo servizio e se non è possibile si possa accedere ad altro percorso; a sopprimere questo punto 5 non si va verso la garanzia della funzionalità delle IPAB.

Questo articolo può essere anche utilizzato in maniera poco corretta, ma se ci sono gli organi di vigilanza e di controllo, questa correttezza sarà un compito delle commissioni stesse. Quindi ritengo che la soppressione faccia come lo struzzo, mette la testa nella sabbia e non vede cosa succede attorno.

Ritengo sia opportuno mantenere in piedi questo art. 5, quindi mi esprimo in maniera contraria all'emendamento prot. 5754.

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ganz kurz. Ich verstehe den Kollegen Gasperotti wirklich nicht, der sonst für die Lebensbedürfnisse der deutschen Sprachgruppe Verständnis hat, aber daß er hier den fünften Absatz verteidigt... Stellen Sie sich vor, wenn dieser Grundsatz durchgeht, muß er überall gelten. Nehmen wir z.B. die Polizei, es ist natürlich, daß man sagt, im Falle der absoluten zwingenden Notwendigkeit braucht es die Polizei und es ist gleich, ob sie dann z.B. kein Wort deutsch kann, es braucht sie einfach und so ist es in verschiedenen anderen Belangen. Abgesehen davon haben wir einen Art. 100 des Autonomiestatutes erreicht, wo es heißt, daß die Kenntnis der deutschen Sprache in

allen Diensten von öffentlichem Interesse - ob sie durch ein öffentliches oder privates Unternehmen geführt werden, alle Dienste von öffentlichem Interesse, und hier geht es um einen solchen Dienst - vorgeschrieben ist, auch dort, wo der Proporz nicht vorgeschrieben ist. Dieser Absatz wäre gegen den Art. 100 des Autonomiestatutes. Stellen Sie sich vor, wenn dieser Grundsatz gelten würde, wenn man es unbedingt braucht, ist es dann gleich, ob der Bedienstete nur deutsch oder nur italienisch kann.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen sehe ich keine.

Bitte, der Präsident des Ausschusses hat das Wort.

GRANDI: Solo per dire che nella sostanza ci rendiamo conto anche del fondamento dei ragionamenti proposti dal cons. Gasperotti, però da una valutazione che noi facciamo su questo problema, sempre attinente il principio della proporzionale o comunque il principio per il quale si debba essere nelle condizioni di parlare anche la lingua tedesca, si è ritenuto alla fine di dover dare preminenza a questo principio, per cui togliendo il comma 5 noi veniamo incontro ad una esigenza segnalataci da parte dei rappresentanti anche delle IPAB di Bolzano, prevediamo il possesso del patentino anche in questo caso specifico.

Per questa ragione manteniamo questo emendamento soppressivo del comma 5 dell'art. 37.

PRÄSIDENT: Damit stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 7 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Abänderungsantrag angenommen.

Wer möchte jetzt das Wort zum Artikel 37 insgesamt?

Bitte, Abg. Gasperotti.

GASPEROTTI: Colgo l'occasione per precisare meglio. Le mie intenzioni non erano quelle di violare principi che sono sanciti, se teniamo conto che l'art. 36 contiene tipi di precarietà di lavoro, ci sono nell'art. 38 rapporti di lavoro ancora più precari e magari parziali del precario, se venisse applicato in maniera corretta questa necessità potrebbe avere veramente un tempo e se si chiama assoluta necessità non avere noi la responsabilità della mancata copertura, perché abbiamo messo il divieto, che dovrebbe essere quello di non far mancare energie sufficienti per far funzionare la macchina, invece qui si preferisce che la macchina vada a quella velocità, invece che farla funzionare.

Il collega Benedikter faceva riferimento alla polizia, in qualsiasi campo del lavoro quando c'è la possibilità di utilizzare, come dicevo prima, anche in maniera esagerata, la precarietà sia del tempo che dell'orario del rapporto di lavoro, si può supplire in maniera "provvisoria" per soddisfare questi bisogni e necessità, anche non rispettando il gruppo italiano nella stragrande maggioranza delle IPAB, presenti sul territorio. Grazie.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir über den gesamten Art. 37 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 2 Enthaltungen, keiner Gegenstimme und dem Rest Ja-Stimmen ist der Art. 37 genehmigt.

Art. 38

(Rapporti di lavoro a tempo parziale)

1. Le I.P.A.B. possono prevedere nei regolamenti organici la costituzione di rapporti di lavoro a tempo parziale, secondo i criteri ed i limiti indicati nel presente articolo.

2. Al rapporto di lavoro a tempo parziale si applicano, salvo quanto stabilito dal presente articolo, tutte le disposizioni previste per il personale delle I.P.A.B. con rapporto a tempo pieno.

3. I posti di organico a tempo pieno possono essere trasformati in rapporti di lavoro a tempo parziale secondo le seguenti modalità:

- a) un posto a tempo pieno è convertito in due posti a tempo parziale;
- b) due posti a tempo pieno sono convertiti in tre posti a tempo parziale.

4. La trasformazione dei rapporti deve avvenire con riferimento a ciascun settore di attività, qualifica funzionale e profili professionali, secondo contingenti determinati d'intesa con le organizzazioni sindacali del personale.

5. L'orario settimanale di lavoro del personale con rapporto a tempo parziale è pari, nell'ipotesi di cui alla lettera a) del comma 3, a diciotto ore settimanali e, nell'ipotesi di cui alla lettera b) del comma 3, a ventiquattro ore settimanali. Per eccezionali e motivate esigenze di servizio può derogarsi ai limiti predetti, in una misura percentuale non superiore al 20 per cento in più o in meno dell'orario come sopra indicato.

6. Il personale con rapporto a tempo parziale non può eseguire prestazioni di lavoro straordinario, né può fruire di benefici che comportino a qualsiasi titolo riduzioni di orario di lavoro.

7. Il personale con rapporto a tempo parziale fruisce del congedo ordinario alle stesse condizioni e nei limiti previsti per il personale della medesima posizione funzionale che lavora a tempo pieno.

8. Il trattamento economico del personale con rapporto a tempo parziale è rapportato all'orario di servizio, ivi comprese tutte le competenze fisse e periodiche spettanti al personale con rapporto a tempo pieno di corrispondente posizione funzionale e di pari anzianità, ivi compresa l'indennità integrativa speciale. Al personale con rapporto a tempo parziale spettano, tuttavia, per intero, gli assegni per il nucleo familiare in quanto dovuti in base alle norme vigenti.

9. I posti destinati al personale con rapporto a tempo parziale sono coperti nel rispetto delle normative concorsuali previste per l'assunzione di personale a

tempo pieno della medesima posizione funzionale. La durata del periodo di prova è di centottanta giorni.

10. Fermo restando che le assunzioni a tempo parziale non preconstituiscono diritto ad ottenere la trasformazione del rapporto in rapporto a tempo pieno, i dipendenti con rapporto di lavoro a tempo pieno e quelli con rapporto di lavoro a tempo parziale possono chiedere, dopo aver conseguito la nomina in ruolo, la trasformazione del rapporto, rispettivamente, a tempo parziale ed a tempo pieno, purché nelle relative dotazioni organiche della medesima qualifica funzionale e dello stesso profilo professionale esista disponibilità di posti.

11. La trasformazione del rapporto a tempo parziale o a tempo pieno può essere disposta, tenuto conto delle esigenze dell'Amministrazione, solo dopo che siano trascorsi due anni dall'assunzione in servizio o dalla precedente trasformazione. Gli effetti della trasformazione del rapporto decorrono dal 1° gennaio successivo alla data di accoglimento della richiesta.

12. Hanno titolo di preferenza alla trasformazione del rapporto di lavoro da tempo pieno a tempo parziale i dipendenti con figli minori in età prescolare, ovvero con figli portatori di handicap, ovvero con genitori bisognosi di assistenza. Hanno altresì titolo di preferenza alla trasformazione del rapporto di lavoro da tempo pieno a tempo parziale i dipendenti che abbiano superato i cinquantacinque anni di età, ovvero compiuto trentacinque anni di effettivo servizio, nonché i dipendenti che siano portatori di handicap o che abbiano figli o coniuge bisognosi di assistenza, nonché i dipendenti appartenenti alle categorie protette.

13. Per motivate esigenze i posti di lavoro a tempo parziale, oltre che trasformati secondo le modalità di cui ai precedenti commi, possono essere previsti direttamente nella pianta organica del personale delle I.P.A.B.. Per la copertura di detti posti è data la precedenza al personale in servizio. Il numero complessivo dei posti di cui al presente comma e di quelli previsti dal comma 3 non può essere superiore al 35 per cento dei posti complessivi di ruolo.

14. I posti a orario ridotto in essere negli organici delle I.P.A.B. al momento dell'entrata in vigore della presente legge sono trasformati in posti a tempo parziale a norma del comma 13.

15. Per tutto quanto attiene al trattamento di quiescenza e di previdenza, trova applicazione la disciplina in materia contenuta nella normativa statale.

Art. 38 (Teilzeitbeschäftigung)

1. Die ÖFWE können in den Personalordnungen nach den Grundsätzen und unter Berücksichtigung der in diesem Artikel angegebenen Grenzen die Teilzeitbeschäftigung vorsehen.

2. Auf die Dienstverhältnisse mit Teilzeitbeschäftigung werden unbeschadet der Bestimmungen nach diesem Artikel sämtliche Vorschriften angewandt, die für das Personal mit Vollzeitbeschäftigung vorgesehen sind.

3. Die Planstellen mit Vollzeitbeschäftigung können unter den nachstehenden Voraussetzungen in Planstellen mit Teilzeitbeschäftigung umgewandelt werden:

- a) eine Vollzeitstelle wird in zwei Teilzeitstellen umgewandelt;
- b) zwei Vollzeitstellen werden in drei Teilzeitstellen umgewandelt.

4. Die Umwandlung der Stellen muß in bezug auf jeden Tätigkeitsbereich, jeden Funktionsrang und jedes Berufsbild nach Kontingenten erfolgen, die zusammen mit den Gewerkschaften des Personals festgesetzt werden.

5. Die wöchentliche Arbeitszeit des Personals mit Teilzeitbeschäftigung beträgt in dem im Absatz 3 Buchst. a) angeführten Fall 18 Wochenstunden und in dem im Absatz 3 Buchst. b) angeführten Fall 24 Wochenstunden. Aus außerordentlichen und begründeten Diensterfordernissen kann von der angeführten Grenze abgewichen werden, wobei die angegebene Arbeitszeit um höchstens zwanzig Prozent verlängert oder gekürzt werden darf.

6. Das Personal mit Teilzeitbeschäftigung darf weder Überstundenarbeit leisten noch Begünstigungen in Anspruch nehmen, die aus irgendeinem Grund Kürzungen der Arbeitszeit mit sich bringen.

7. Dem Personal mit Teilzeitbeschäftigung steht der Urlaub zu den gleichen Bedingungen und in den Grenzen zu, die für das vollzeitbeschäftigte Personal desselben Funktionsranges vorgesehen sind.

8. Die Besoldung des Personals mit Teilzeitbeschäftigung wird einschließlich sämtlicher festen und wiederkehrenden Bezüge, die dem vollzeitbeschäftigten Personal in dem entsprechenden Funktionsrang und im gleichen Dienstalter zustehen und einschließlich der Sonderergänzungszulage im Verhältnis zur Arbeitszeit berechnet. Dem teilzeitbeschäftigten Personal steht allerdings die Familienzulage zur Gänze zu, sofern diese nach den geltenden Bestimmungen gebührt.

9. Die Stellen, die für das teilzeitbeschäftigte Personal bestimmt sind, werden unter Berücksichtigung der Wettbewerbsbestimmungen besetzt, die für die Einstellung von vollzeitbeschäftigtem Personal im selben Funktionsrang vorgesehen sind. Die Dauer der Probezeit beträgt hundertachtzig Tage.

10. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Einstellungen mit Teilzeitbeschäftigung kein Anrecht auf die Umwandlung in Vollzeitbeschäftigung geben, können die vollzeitbeschäftigten und die teilzeitbeschäftigten Bediensteten nach ihrer Ernennung in den Stellenplan die Umwandlung des Dienstverhältnisses in Teilzeit- bzw. Vollzeitbeschäftigung beantragen, vorausgesetzt, daß nach dem entsprechenden Stellenplan im selben Funktionsrang und im selben Berufsbild Stellen verfügbar sind.

11. Die Umwandlung des Dienstverhältnisses in Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung kann, unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Verwaltung, erst nach Ablauf von zwei Jahren nach der Einstellung in den Dienst oder nach der vorherigen Umwandlung verfügt werden. Die Umwandlung des Dienstverhältnisses ist ab dem 1. Jänner nach dem Tag der Annahme des Antrages wirksam.

12. Anrecht auf Vorzugsbehandlung bei der Umwandlung des Dienstverhältnisses von Vollzeit- in Teilzeitbeschäftigung haben die Bediensteten mit

Kindern im Vorschulalter oder mit behinderten Kindern oder mit pflegebedürftigen Eltern. Anrecht auf Vorrang bei der Umwandlung des Dienstverhältnisses von Vollzeit- in Teilzeitbeschäftigung haben außerdem die Bediensteten, die über 55 Jahre alt sind oder 35 Jahre tatsächlichen Dienstes geleistet haben, sowie die Bediensteten, die behindert sind oder pflegebedürftige Kinder oder einen pflegebedürftigen Ehepartner haben, sowie die Bediensteten, die den geschützten Kategorien angehören.

13. Bei begründeten Erfordernissen können die Stellen mit Teilzeitbeschäftigung nicht nur nach den in den vorstehenden Absätzen vorgesehenen Einzelvorschriften umgewandelt werden, sondern auch direkt im Stellenplan der ÖFWE vorgesehen sein. Für die Besetzung dieser Stellen hat das im Dienst stehende Personal den Vorrang. Die Gesamtzahl der nach diesem Absatz und nach Absatz 3 vorgesehenen Stellen darf fünfunddreißig Prozent der Gesamtzahl der Planstellen nicht überschreiten.

14. Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Stellenplänen der ÖFWE bestehenden Stellen mit gekürzter Arbeitszeit werden im Sinne des Absatzes 13 in Stellen mit Teilzeitbeschäftigung umgewandelt.

15. Für alles, was renten- und fürsorgerechtliche Zwecke betrifft, wird die in den staatlichen Bestimmungen enthaltene einschlägige Regelung angewandt.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 6 Enthaltungen ist der Art. 38 ohne Gegenstimme genehmigt.

DIVINA:

Art. 39
(*Volontariato*)

1. Le I.P.A.B., per il conseguimento delle finalità di utilità sociale stabilite dai loro statuti ed in considerazione dell'assenza di scopo di lucro propria della loro natura giuridica, si avvalgono in maniera ordinaria della collaborazione di personale volontario.

2. L'impiego dei volontari può riguardare sia lo svolgimento diretto delle attività rientranti nelle finalità statutarie dell'Istituzione di assistenza e beneficenza sia l'esecuzione dei conseguenti adempimenti di carattere amministrativo, nonché ogni altra eventuale iniziativa indirizzata alla valorizzazione del patrimonio ed all'ampliamento del campo di intervento dell'Istituzione di assistenza e beneficenza medesima.

3. I rapporti tra le I.P.A.B. e le organizzazioni in cui si articola il volontariato sono disciplinati in conformità a quanto stabilito dalle leggi delle Province autonome in cui le I.P.A.B. stesse hanno la sede legale. In particolare dovranno essere stipulate apposite convenzioni a norma dell'articolo 6 della legge provinciale di Trento 13 febbraio 1992, n. 8 e dell'articolo 6 della legge provinciale di Bolzano 1° luglio 1993, n. 11.

4. In conformità a quanto previsto dalle leggi provinciali di cui al comma 3, le I.P.A.B. possono rimborsare ai volontari le spese effettivamente sostenute nella prestazione della loro attività, nonché mettere a loro disposizione le strutture indispensabili allo svolgimento dell'attività medesima.

5. Le I.P.A.B. che si avvalgono in misura rilevante dell'opera di personale volontario predispongono adeguati strumenti regolamentari ed amministrativi intesi a consentire il coinvolgimento dei volontari nella formulazione dei programmi e nell'organizzazione delle modalità di intervento dell'Istituzione di assistenza e beneficenza.

6. Le I.P.A.B. sono autorizzate a rimborsare alle organizzazioni in cui il volontariato si articola, in misura parziale o totale in relazione all'opera qualitativamente e quantitativamente prestata dal volontariato medesimo, i premi delle assicurazioni che, a norma di legge, le organizzazioni stesse devono stipulare per i propri aderenti contro gli infortuni e le malattie connesse allo svolgimento della loro attività, nonché per la responsabilità civile per i danni cagionati a terzi nell'esercizio dell'attività stessa.

Art. 39

(Ehrenamtliche Tätigkeit)

1. Zur Erreichung der im Bereich der Sozialdienste in ihren Satzungen festgesetzten Zielsetzungen und angesichts der Tatsache, daß die Gewinnabsicht mit der Rechtsnatur der ÖFWE unvereinbar ist, nehmen die ÖFWE im allgemeinen die Hilfe von ehrenamtlich tätigem Personal in Anspruch.

2. Die Inanspruchnahme von ehrenamtlich tätigem Personal kann sowohl die direkte Ausübung der Tätigkeiten betreffen, welche zu den Satzungszielen der Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtung gehören, als auch die Durchführung der damit verbundenen Amtshandlungen verwaltungstechnischen Charakters sowie jede weitere Initiative zur Aufwertung des Vermögens und zur Erweiterung des Tätigkeitsbereiches der Einrichtung.

3. Die Beziehungen zwischen den ÖFWE und den ehrenamtlich tätigen Organisationen werden im Sinne der Gesetze der autonomen Provinzen geregelt, in welchen diese ihren rechtlichen Sitz haben. Insbesondere müssen eigens dazu bestimmte Vereinbarungen im Sinne des Artikels 6 des Landesgesetzes der Provinz Trient vom 13. Februar 1992, Nr. 8 und des Artikels 6 des Landesgesetzes der Provinz Bozen vom 1. Juli 1993, Nr. 11 abgeschlossen werden.

4. Im Einklang mit den Bestimmungen der im Absatz 3 angeführten Landesgesetze können die ÖFWE dem ehrenamtlich tätigen Personal die im Laufe seiner Tätigkeit tatsächlich bestrittenen Ausgaben zurückerstatten und ihm die zur Ausübung dieser Tätigkeit erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung stellen.

5. Die ÖFWE, welche die Arbeit von ehrenamtlich tätigem Personal in bedeutendem Ausmaß in Anspruch nehmen, bereiten angemessene verordnungs- und verwaltungstechnische Mittel vor, die darauf ausgerichtet sind, die ehrenamtlich tätigen

Personen in der Erstellung von Programmen und in der Organisation des Einsatzes der Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtung einzubeziehen.

6. Die ÖFWE sind ermächtigt, den ehrenamtlich tätigen Organisationen vollständig oder teilweise, je nach der von den ehrenamtlich tätigen Personen in qualitativer und quantitativer Hinsicht geleisteten Arbeit, die Prämien der Versicherungen zurückzuerstatten, die diese Organisationen kraft Gesetzes für die Versicherung ihrer Mitglieder gegen mögliche mit der Ausübung ihrer Tätigkeit verbundene Unfälle und Krankheiten sowie für die Haftpflicht in Zusammenhang mit Schäden abschließen müssen, die Dritten in der Ausübung dieser Tätigkeit zugefügt werden.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 3 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Art. 39 genehmigt.

DIVINA:

Art. 40

(Omogeneizzazione del trattamento dei dipendenti pubblici)

1. Al fine dell'omogeneizzazione delle posizioni giuridiche ed economiche del personale delle I.P.A.B. con quello della Regione, delle Province autonome di Trento e di Bolzano e dei comuni, l'articolo 33, comma 2 della legge regionale 5 marzo 1993, n. 4 trova applicazione, con la medesima decorrenza, anche nei confronti dei dipendenti delle I.P.A.B.

Art. 40

(Angleichung der Behandlung der öffentlichen Bediensteten)

1. Zwecks Angleichung der dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung der Bediensteten der ÖFWE an jene des Personals der Region, der Autonomen Provinzen Trient und Bozen und der Gemeinden wird der Artikel 33 Absatz 2 des Regionalgesetzes vom 5. März 1993, Nr. 4 mit gleichem Ablauf auch gegenüber den Bediensteten der ÖFWE angewandt.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 3 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Art. 40 genehmigt.

DIVINA:

Art. 41

(Fondo per gli oneri conseguenti alle aspettative per maternità)

1. Le Province autonome di Trento e di Bolzano possono costituire un fondo destinato al finanziamento delle I.P.A.B. per la copertura totale o parziale degli oneri che le stesse devono sostenere a seguito del collocamento in aspettativa del proprio personale a norma della legge 30 dicembre 1971, n. 1204, e successive modificazioni.

Art. 41

(Fonds für die Ausgaben infolge des Wartestandes wegen Mutterschaft)

1. Die Autonomen Provinzen Trient und Bozen können einen Fonds zur Finanzierung der ÖFWE zur vollständigen oder teilweisen Deckung der Ausgaben bilden, welche die Einrichtungen infolge der Versetzung ihres Personals in den Wartestand im Sinne des Gesetzes vom 30. Dezember 1971, Nr. 1204 mit seinen späteren Änderungen bestreiten müssen.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 4 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Art. 41 genehmigt.

PRÄSIDENT: Jetzt kommen wir zu Art. 41-bis und ich bitte um Aufmerksamkeit. Der ursprüngliche Antrag des Abg. Willeit, Prot. Nr. 6603 ist zurückgezogen worden. Dafür kommt jetzt der neue Antrag der Abg. Willeit, Grandi und Holzer, Prot. Nr. 6806, zur Behandlung.

Darf ich um Verlesung bitten.

DIVINA:

Art. 41-bis

1. Per i maggiori oneri derivanti alle I.P.A.B. dalle località ladine delle province di Trento e di Bolzano dalla attuazione delle disposizioni di cui all'art. 1 del D.L. 16.12.1993, n. 592 ed all'art. 32 del DPR 15.07.19 n. 574 sull'uso della lingua ladina nei rapporti con i cittadini di lingua ladina a dette I.P.A.B. è concesso da parte dell'Amministrazione regionale un contributo comunale rapportato ai servizi svolti al numero degli assistiti ed all'entità del bilancio.

Art. 41 bis

1. Zur Deckung der Mehrausgaben, die den ÖFWE der ladinischen Ortschaften der Provinzen Trient und Bozen durch die Anwendung der Bestimmungen des Art. 1 des Legislativdekretes vom 16. Dezember 1993, Nr. 592 und des Art. 32 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 15. Juli 1988, Nr. 574 über den Gebrauch

der ladinischen Sprache im Verkehr mit den ladinischen Bürgern entstehen, wird den genannten ÖFWE von seiten der Regionalverwaltung jährlich ein Beitrag im Verhältnis zu den geleisteten Diensten, der Anzahl der Betreuten und dem Ausmaß des Haushaltes gewährt.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Willeit.

WILLEIT: Grazie signor Presidente. Egregi colleghi, avevo formulato prima una proposta di modifica, che come avete sentito è stata ritirata; riguardava l'indennità di lingua per il personale delle poche, ma attrezzate istituzioni di assistenza e beneficenza nelle località ladine. Consentitemi di dire perché l'ho ritirata, trattandosi di materia riservata alla contrattazione collettiva ed in quanto tale è già stata introdotta nei contratti intercompartimentali, almeno per quanto concerne la provincia di Bolzano, per cui in un certo qual senso è superata questa mia prima proposta.

La seconda invece ricalca un'indennità a favore dell'ente stesso, una specie di integrazione del bilancio, che la provincia autonoma di Bolzano ha previsto già nell'anno '90 per i comuni e precisamente con la legge del 4 maggio 1990 n. 9. Il tenore di questa legge è quasi identico all'emendamento qui proposto. Voi sapete che le IPAB sono per loro natura, struttura e anche funzione gli enti più vicini ai comuni e che questi enti, in quanto enti pubblici, sono subordinati alla stessa normativa dei comuni, per quanto concerne l'uso delle lingue, a partire dal 1993, non soltanto in provincia di Bolzano, ma anche in provincia di Trento e chi ha seguito il processo ultraventennale di formazione della bilinguità nell'amministrazione pubblica, sa di quale spesa, di quale lavoro in più debbono farsi carico gli enti locali per riuscire a svolgere il loro compito in maniera bilingue ed in questo caso in maniera trilingue. Costi di personale, di strutture, di documenti, di archivi e via dicendo.

Non si tratta solo di tradurre tutti gli atti pubblici, le deliberazioni, verbali vari, ma tutte le autorizzazioni, le concessioni, i prestampati, i bandi e anche gli atti complessi, immaginatevi un piano urbanistico, un atto molto complesso e tutti i regolamenti vari.

Dunque una cosa particolare che distingue l'amministrazione ladina è quella che non solo gli atti pubblici, ma tutti gli atti, anche quelli di semplice corrispondenza vanno redatti in tre lingue, per quanto riguarda la provincia di Bolzano ed in due lingue per quanto riguarda la provincia di Trento.

Ecco che ritengo che alla pari dei comuni, anche a queste amministrazioni pubbliche locali spetti questo piccolo aiuto, che corrisponde nel caso dei comuni all'incirca ad un dipendente di qualifica elevata e lo stesso si spera che l'amministrazione preveda anche per le IPAB, che sono poche. Vi chiedo di sostenere ed approvare questo emendamento.

PRÄSIDENT: Sind andere Wortmeldungen dazu?

Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich möchte nur sagen, daß man im italienischen Text schon sagen müßte "Dekret des Präsidenten der Republik vom 15.7.1988". Es ist nur 19 verlesen worden.

PRÄSIDENT: Danke Abg. Benedikter für die Bemerkung. Das ist schon gemacht worden.

Dann stimmen wir über diesen gemeinsamen Antrag der Abg. Willeit, Grandi und Holzer ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 2 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist dieser Art. 41-bis genehmigt.

DIVINA:

Art. 42
(*Disciplina contrattuale*)

1. La formazione e la stipulazione dei contratti delle I.P.A.B. ha luogo secondo le disposizioni dalle stesse approvate con apposito regolamento, in conformità ai principi stabiliti nel presente Capo, fatta salva l'applicazione della normativa comunitaria e di altre leggi speciali in materia.

2. Per l'esecuzione di lavori e di opere le I.P.A.B. si attengono alle normative in materia rispettivamente dettate dalla Provincia autonoma nella quale hanno sede, ferma restando l'applicazione delle norme del presente Capo per quanto in esse non diversamente disposto.

Art. 42
(Regelung der Verträge)

1. Das Zustandekommen und der Abschluß der Verträge seitens der ÖFWE erfolgen gemäß den Bestimmungen, die von den genannten Einrichtungen mit Verordnung genehmigt werden, in Übereinstimmung mit den in diesem Kapitel enthaltenen Grundsätzen unbeschadet der Anwendung gemeinschaftlicher Bestimmungen und sonstiger einschlägiger Sondergesetze.

2. Bei der Ausführung von Arbeiten und Bauwerken halten sich die ÖFWE an die einschlägigen Bestimmungen der autonomen Provinz, in der sie ihren Sitz haben, vorbehaltlich der Anwendung der Bestimmungen dieses Kapitels, sofern erstere nichts anders verfügen.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort?

Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Herr Präsident Grandi! Diese 20 Artikel von 42 bis 62 könnten gestrichen und einfach ersetzt werden mit dem, was im Art. 62 steht, daß... angewendet

werden auf diese Fürsorgekörperschaften... da heißt es: unterliegen diese ÖFWE jeweils den Bestimmungen über das Zustandekommen und den Abschluß der Verträge der autonomen Provinzen Trient und Bozen. Denn es hat keinen Sinn hier mehr auszuführen. Man könnte wirklich sagen: "...angewendet werden die Bestimmungen, die für das Zustandekommen der Verträge für die Provinzen gelten." Denn es hat doch keinen Sinn hier im Detail dieses Zustandekommen der Verträge, wie es im Titel heißt, zu regeln. Wie es auch schon im Art. 42 heißt: Bei der Ausführung von Arbeiten und Bauwerken halten sich die ÖFWE an die einschlägigen Bestimmungen der autonomen Provinz, in der sie ihren Sitz haben, vorbehaltlich der Anwendung der Bestimmungen dieses Kapitels, sofern erstere nichts anders verfügen. Sie sind ja in diesem Gesetz weitgehend gleich behandelt, gleich geregelt wie die Provinzen oder wie die Gemeinden und man könnte sich hier 20 Artikel ersparen. Man könnte sich auch mehrere ersparen, aber auf jeden Fall diese 20 Artikel könnte man sich ersparen und das gelten lassen, was im Art. 62 steht, auch um die rechtliche Lage dieser Körperschaften zu vereinfachen, also es braucht keine eigenen Bestimmungen. Man könnte sich also insgesamt darauf berufen und ich stelle bei Art. 46 fest, daß der dritte Absatz dem Ganzen widerspricht.

Mein Vorschlag wäre also diese 20 Artikel - von Art. 42 bis 62....
non si sente dal nastro

PRÄSIDENT: Bitte, Präsident Grandi.

GRANDI: Solo per dire, signor Presidente, in risposta alla proposta avanzata dal cons. Benedikter, che sono gli amministratori stessi delle IPAB a chiedere di poter disporre di norme sostanziali per quanto riguarda tutta la materia contrattualistica. Gli amministratori chiedono un quadro normativo chiaro, organico, poiché nella situazione normativa attuale ritengono di non sapere sempre con certezza a quali norme fare riferimento rispetto alla moltitudine degli atti contrattuali che si trovano a dover assumere.

Per questa ragione la regione, legiferando, ha ritenuto di coprire questa importante lacuna, dopo di che lei fa riferimento all'art. 62, per la verità noi abbiamo pensato all'art. 62 solo per coprire eventuali lacune rispetto a tutti gli altri 20 articoli, perché può verificarsi effettivamente qualche caso, per il quale c'è bisogno di fare questo riferimento certo alla normativa provinciale.

Con questi 20 articoli noi togliamo di mezzo ogni margine di incertezza, gli amministratori non dovranno più fare riferimento ad un quadro normativo indefinito, compreso quello comunale, ma potranno avere tutto un insieme di articoli sostanziali, rispetto ai quali poter con certezza procedere alla effettuazione di tutti i contratti che dovranno da parte loro essere assunti.

Pertanto mi pare doveroso chiedere al Consiglio di procedere esaminando questo insieme di articoli, che mirano a dare certezza ai nostri amministratori delle IPAB, che tra l'altro chiedono con insistenza. Questa è una delle ragioni per le quali abbiamo ritenuto di dover procedere alla stesura di questo disegno di legge.

PRÄSIDENT: Wir stimmen mit Namensaufruf ab und beginnen mit der Abg. Mayr.

DENICOLO': Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*astenuto*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*non presente*), Moser (*sì*), Munter (*ja*), Muraro (*si*), Pahl (*ja*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*sì*), Panizza (*sì*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*ja*), Pinter (*non presente*), Romano (*non presente*), Saurer (*ja*), Taverna (*astenuto*), Tosadori (*si*), Tretter (*sì*), Valduga (*non presente*), Vecli (*sì*), Viola (*si*), Waldner (*non presente*), Willeit (*sì*), Zanoni (*sì*), Zendron (*astenuta*), Achmüller (*ja*), Alessandrini (*astenuto*), Andreotti (*sì*), Arena (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*astenuto*), Benussi (*non presente*), Berger (*non presente*), Binelli (*si*), Boldrini (*sì*), Bolzonello (*non presente*), Bondi (*sì*), Casagrande (*sì*), Chiodi-Winkler (*astenuta*), Cigolla (*non presente*), Conci-Vicini (*sì*), Delladio (*astenuto*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppo (*non presente*), Divina (*sì*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*ja*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*astenuto*), Giordani (*sì*), Giovanazzi (*si*), Grandi (*si*), Holzer (*si*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*ja*), Ianieri (*astenuto*), Kasslatter Mur (*non presente*), Klotz (*astenuta*), Kofler (*ja*), Kury (*astenuta*), Laimer (*ja*), Leitner (*astenuto*), Leveghi (*astenuto*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende: 50
Ja-Stimmen: 35
Nein-Stimmen: 0
Stimmenthaltungen: 15

Damit genehmigt der Regionalrat mehrheitlich den Art. 42.

DIVINA:

Art. 43
(*Capitolati d'oneri*)

1. I capitolati generali, contenenti le condizioni e le clausole da applicarsi indistintamente a determinati tipi di contratto, sono approvati dal Consiglio di amministrazione in forma di regolamento.

2. I capitolati speciali, riguardanti singoli contratti ovvero una ristretta categoria di essi, sono approvati dal Consiglio di amministrazione, ove ritenuto opportuno, contestualmente alla deliberazione di cui all'articolo 44.

Art. 43
(Ausschreibungsbedingungen)

1. Die allgemeinen Ausschreibungsbedingungen mit den Modalitäten und den Klauseln, die auf bestimmte Vertragstypen unterschiedslos anzuwenden sind, werden vom Verwaltungsrat in der Form einer Verordnung genehmigt.

2. Die besonderen Ausschreibungsbedingungen, die einzelne Verträge oder eine beschränkte Vertragskategorie betreffen, werden vom Verwaltungsrat, sofern er es für zweckmäßig erachtet, zusammen mit dem im Artikel 44 genannten Beschluß genehmigt.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen sehe ich keine. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 6.

Damit ist Art. 43 genehmigt.

DIVINA:

Art. 44

(Deliberazione a contrarre)

1. I contratti devono essere preceduti da apposita deliberazione del Consiglio di amministrazione nella quale sono indicati:

- a) il fine che con il contratto si intende perseguire;
- b) l'oggetto del contratto;
- c) le modalità di individuazione del contraente e gli eventuali criteri di aggiudicazione;
- d) le principali clausole e condizioni contrattuali;
- e) l'impegno di spesa massima ed il capitolo di bilancio al quale va imputata.

Art. 44

(Beschlußfassung über die Einleitung von Vertragsabschlußverfahren)

1. Dem Abschluß eines Vertrags muß ein Beschluß des Verwaltungsrates vorangehen, in dem folgende Angaben enthalten sind:

- a) der Zweck, der mit dem Vertrag erreicht werden soll;
- b) der Gegenstand des Vertrages;
- c) das Verfahren zur Wahl des Vertragspartners und die eventuellen Zuschlagskriterien;
- d) die wichtigsten Vertragsklauseln und -bedingungen;
- e) der Höchstbetrag der Ausgabenbereitstellung und das Haushaltskapitel, dem die Ausgabe angelastet wird.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen sehe ich keine. Dann stimmen wir ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 7.

Der Art. 44 ist damit genehmigt.

DIVINA:

Art. 45
(Contenuto e durata)

1. I contratti devono avere termini e durata certi. In particolare non possono contenere clausole di tacita proroga o rinnovazione, salvo diversa motivata determinazione contenuta nella deliberazione di cui all'articolo 44.

2. I contratti ad esecuzione continuata non possono avere durata eccedente i nove anni, salvo diversa motivata determinazione ai sensi del comma 1.

3. Nessuna prestazione può essere artificiosamente suddivisa in più contratti allo scopo di eludere la disciplina della presente legge.

4. Nei contratti ad esecuzione continuata o periodica le variazioni nelle prestazioni dedotte in contratto, intervenute per circostanze obiettive, vincolano i contraenti entro il limite di un quinto del valore originario. Oltre detto limite, le parti possono recedere dal contratto e restano obbligate per le sole prestazioni a cui sono rispettivamente tenute alla data del recesso.

Art. 45
(Inhalt und Laufzeit)

1. Die Verträge müssen genau bestimmte Fristen und eine genau bestimmte Laufzeit haben. Insbesondere dürfen sie keine Klauseln zur stillschweigenden Verlängerung oder Erneuerung enthalten, es sei denn, daß dies in dem im Artikel 44 genannten Beschluß mit ausdrücklicher Angabe der Gründe festgesetzt wird.

2. Die Laufzeit der Daueraufträge darf neun Jahre nicht überschreiten, es sei denn, daß eine längere Laufzeit gemäß Absatz 1 mit ausdrücklicher Angabe der Gründe festgesetzt wird.

3. Keine Leistung darf absichtlich in mehrere Verträge aufgeteilt werden, um sie der Anwendung dieses Gesetzes zu entziehen.

4. Bei Daueraufträgen oder regelmäßigen Aufträgen sind die Vertragspartner im Falle von Änderungen der Vertragsleistungen, die sich aus objektiven Umständen ergeben haben, bis zu einem Fünftel des ursprünglichen Vertragswerts gebunden. Über diese Grenze hinaus können die Vertragspartner vom Vertrag zurücktreten; dabei bleiben sie nur für die Leistungen verpflichtet, zu denen sie am Datum des Rücktritts jeweils gehalten sind.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen?

Bitte, Abg. Gasperotti.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Mi rendo sempre più conto che il titolo quarto, capitolo 1 che comprende i contratti e tutto quello che riguarda la gestione, per noi che

determiniamo, con questa legge, dei confini o delle interpretazioni rispetto a dei confini stabiliti, non è molto facile sapere dove è il confine del legale con quello del possibile illegale.

Mi spiego meglio, il voler essere così precisi e rifarsi, se leggete bene il punto 2, che in sostanza afferma: "Guardatevi bene che può essere diverso, se viene osservato il percorso che è previsto nel punto 1", il punto 4 invece dice: "Attenzione, può essere anche diverso, se viene interpretato come nell'articolo precedente".

Questi aspetti, secondo me, messi in legge danno la possibilità di interpretazioni diverse e possono produrre conflitti fra chi ha il dovere e l'obbligo del controllo e chi è chiamato a gestire, ecco perché ritengo che questa partita, compresa nel capitolo 1 dei contratti, forse doveva trovare una soluzione come aveva previsto il collega Benedikter.

A voler fare noi la parte dei legali, e voler definire, fino all'ultima virgola, anche negli articoli di legge, corriamo il rischio che diventi un elemento che favorisca il conflitto invece che la tranquillità o l'interpretazione autentica.

Mi auguro che la Giunta abbia compiuto tutti i passi necessari per avere risposte precise e alcun dubbio rispetto a quesiti possibili che potranno in essere le IPAB nei confronti di questa parte della legge che è quella dei contratti.

Ecco il mio dubbio e il mio voto di astensione che non vuole essere contrario per partito preso o per principi; questa a mio avviso è un'operazione buona se percorsa così in maniera particolareggiata. Quindi, di tutto questo capitolo che riguarda i contratti, esprimerò un voto di astensione in quanto non lo ritengo il miglior percorso per chiarire agli amministratori delle IPAB come vanno risolti i problemi legati ai contratti.

PRÄSIDENT: Abg. Klotz, bitte.

KLOTZ: Ich habe Zweifel daran, ob diese Praxis gut ist, auch vom Verwalterischen her, wenn man einerseits so detaillierte Bestimmungen aufnimmt und dann aber im selben Satz auch die Ausnahmen festlegt. Denn hier im Punkt 1 steht: "Die Verträge müssen genau bestimmte Fristen und eine genau bestimmte Laufzeit haben. Insbesondere dürfen sie keine Klauseln zur stillschweigenden Verlängerung oder Erneuerung enthalten...", und man kann sich sagen, wenn man es schon so genau detailliert, dann sollte das eine klare Bestimmung sein. Aber dann kommen bereits wieder die Maßnahmen, mit der man das alles relativiert, es sei denn, daß dies in dem im Art. 44 genannten Beschluß mit ausdrücklicher Angabe der Gründe festgesetzt wird. Wozu ist dann diese restriktive Bestimmung eigentlich? Genau dasselbe gilt für den Absatz 2: "Die Laufzeit der Daueraufträge darf neun Jahre nicht überschreiten, es sei denn, daß eine längere Laufzeit gemäß Absatz 1 mit ausdrücklicher Angabe der Gründe festgesetzt wird". Also mir scheint hier, daß man sich in eine eher ungünstige Praxis versteigt. Man sollte es streng detailliert regeln, aber nicht gleichzeitig wieder alle Möglichkeiten für die Ausnahmen offen lassen.

Ich persönlich bin der Meinung, daß dies tatsächlich insgesamt sowieso einschneidende Maßnahmen sind. Aber wenn schon, dann bitte konsequent.

PRÄSIDENT: Danke! Damit sind keine Redner mehr auf der Liste. Wir stimmen ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 8 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Art. 45 angenommen.

DIVINA:

Art. 46

(Pagamenti e anticipazioni)

1. Il contratto può prevedere che il pagamento abbia luogo in unica soluzione ad avvenuta esecuzione della prestazione ovvero ratealmente in ragione delle parti delle prestazioni via via eseguite.

2. Sul prezzo contrattuale non possono essere corrisposti anticipazioni o acconti, nè interessi o provvigioni sulle somme che la controparte della I.P.A.B. fosse tenuta ad anticipare per l'esecuzione del contratto, fatti salvi i casi previsti dal regolamento di attuazione o dai capitoli d'onere.

3. Nei casi di corresponsione di acconti a norma del comma 2, potrà essere richiesta idonea cauzione in misura almeno pari all'importo anticipato maggiorato del 10 per cento.

4. Nei contratti di prestazione d'opera intellettuale è ammesso il pagamento in acconto delle spese inerenti la prestazione, secondo le modalità stabilite dal regolamento di attuazione.

Art. 46

(Zahlungen und Vorschüsse)

1. Im Vertrag kann vorgesehen werden, daß die Zahlung als einmalige Zahlung nach Erbringung der Leistung oder als Ratenzahlung mit Bezug auf die jeweils erbrachten Anteile der Leistung erfolgt.

2. Unbeschadet der in der Durchführungsverordnung oder in den Ausschreibungsbedingungen vorgesehenen Fälle dürfen weder Vorschüsse oder Anzahlungen auf den Vertragspreis geleistet werden, noch Zinsen oder Provisionen auf die Beträge, die der Vertragspartner der ÖFWE eventuell für die Ausführung des Vertrags vorstrecken muß, gezahlt werden.

3. Werden Anzahlungen im Sinne des Absatz 2 geleistet, so kann eine angemessene Kautions gefordert werden, deren Höhe mindestens dem Anzahlungsbetrag plus zehn Prozent entsprechen muß.

4. Bei den Verträgen, die geistig-schöpferische Leistungen zum Gegenstand haben, ist die Anzahlung der die Leistung betreffenden Kosten gemäß den in der Durchführungsverordnung festgelegten Bestimmungen zulässig.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen zum Art. 46?

Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich stelle fest, daß der dritte Absatz im Widerspruch zum zweiten Absatz steht. Im zweiten Absatz steht: "Unbeschadet der in der Durchführungsverordnung oder in den Ausschreibungsbedingungen vorgesehenen Fälle dürfen weder Vorschüsse oder Anzahlungen auf den Vertragspreis geleistet werden, noch Zinsen oder Provisionen auf die Beträge, die der Vertragspartner der ÖFWE eventuell für die Ausführung des Vertrags vorstrecken muß, gezahlt werden". Also es dürfen weder Vorschüsse noch Anzahlungen auf den Vertragspreis geleistet werden. Dann steht im dritten Absatz: "Werden Anzahlungen im Sinne des Absatzes 2 geleistet, so kann eine angemessene Kautions gefordert werden, deren Höhe mindestens dem Zahlungsbetrag plus zehn Prozent entsprechen muß". Das ist an sich im Widerspruch, weil ein Tatbestand vorgesehen wird, der im vorherigen Absatz ausgeschlossen wird und dann würde ich nicht verstehen, daß man sagt, wenn Anzahlungen geleistet werden, muß der Betreffende, der die Anzahlung bekommt, eine Kautions leisten, die dem Zahlungsbetrag plus 10 Prozent entsprechen muß. Dann braucht es keine Anzahlung, wenn ich denselben Betrag wieder als Kautions plus 10 Prozent geben muß. Es ist ein doppelter Widerspruch. Ein Widerspruch an sich gegen den zweiten Absatz und dann auch der Sinn, der entgeht mir, daß man sagt, wenn du eine Anzahlung bekommst, dann muß du aber als Kautions den gleichen Betrag wie die Anzahlung plus 10 Prozent hergeben.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Präsident Grandi, möchten Sie auf die aufgeworfene Kritik antworten?

Bitte.

GRANDI: Volevo dire, brevemente, che questa materia della deroga è mutuata e la formulazione è praticamente la stessa mutuata dai principi generali della contrattualistica pubblicistica prevista per gli enti pubblici.

Noi, in questo senso, non abbiamo fatto altro che trascrivere in questo articolato norme che disciplinano la materia contrattuale delle istituzioni pubbliche. In tutta la normativa pubblica è prevista questa sorta di deroga per determinate fattispecie quindi non è che in questo caso si possa derogare per recuperare margini di manovra e quindi, sostanzialmente, per contravvenire a quanto è dettato dalle norme in termini generali.

La deroga è prevista solo per determinate fattispecie, per situazioni assolutamente particolari e peculiari che naturalmente sotto la precisa responsabilità da

parte degli amministratori, quindi vorrei che fosse dato il giusto peso a questo articolo e soprattutto che fosse dato il giusto peso a questo riferimento alla deroga.

PRÄSIDENT: Damit kommen wir zur Abstimmung über den Art. 46. ...Wer schließt sich dem Antrag auf namentliche Abstimmung an? Genügend.

Wir beginnen mit dem Abg. Berger.

DENICOLO': Berger (*ja*), Binelli (*si*), Boldrini (*si*), Bolzonello (*non presente*), Bondi (*si*), Casagrande (*si*), Chiodi-Winkler (*astenuta*), Cigolla (*non presente*), Conci-Vicini (*si*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*si*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*ja*), Frick (*ja*), Gasperotti (*astenuto*), Giordani (*astenuto*), Giovanazzi (*si*), Grandi (*si*), Holzer (*si*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*ja*), Ianieri (*astenuto*), Kasslatte Mur (*ja*), Klotz (*nein*), Kofler (*ja*), Kury (*astenuta*), Laimer (*ja*), Leitner (*astenuto*), Leveggi (*astenuto*), Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*non presente*), Montefiori (*si*), Morandini (*non presente*), Moser (*si*), Munter (*ja*), Muraro (*si*), Pahl (*ja*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*si*), Panizza (*si*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*ja*), Pinter (*non presente*), Romano (*non presente*), Saurer (*ja*), Taverna (*astenuto*), Tosadori (*si*), Tretter (*si*), Valduga (*non presente*), Vecchi (*si*), Viola (*si*), Waldner (*non presente*), Willeit (*si*), Zanoni (*astenuto*), Zedron (*astenuta*). Achmüller (*ja*), Alessandrini (*astenuto*), Andreotti (*si*), Arena (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*nein*), Benussi (*non presente*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende: 52
Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 2
Stimmenthaltungen: 13

Damit ist der Art. 46 genehmigt.

DIVINA:

Art. 47
(Revisione prezzi)

1. I prezzi contrattuali sono fissi e invariabili, salvo che per i beni e servizi i cui prezzi siano determinati per legge o per atto amministrativo.

2. E' ammessa la revisione prezzi nei limiti delle vigenti disposizioni del codice civile e delle leggi speciali in materia.

3. In tali casi, la revisione è disposta con deliberazione del Consiglio di amministrazione.

Art. 47
(Revision der Vertragspreise)

1. Die Vertragspreise sind fix und unveränderbar, ausgenommen bei Gütern und Dienstleistungen, deren Preis mit Gesetz oder Verwaltungsakt bestimmt wird.

2. Die Revision der Vertragspreise ist im Rahmen der Grenzen gestattet, die in den geltenden Bestimmungen des Zivilgesetzbuches und in den einschlägigen Sondergesetzen angegeben sind.

3. In den obengenannten Fällen wird die Revision mit Beschluß des Verwaltungsrates verfügt.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort?

Bitte, Frau Abg. Klotz.

KLOTZ: Der Herr Präsident des Ausschusses war schon zu einem früheren Artikel nicht zu Wort gekommen und deshalb stelle ich die Frage hier noch einmal. Warum nimmt man solche detaillierte Bestimmungen auf, wenn man deren Gültigkeit dann doch wieder einschränkt? Ich habe das bereits im Zusammenhang mit dem Art. 45 aufgeworfen und dieselbe Frage ergibt sich hier bei Art. 47: "Die Vertragspreise sind fix und unveränderbar, ausgenommen bei Gütern und Dienstleistungen, deren Preis mit Gesetz oder Verwaltungsakt bestimmt wird." Ich möchte nur wissen, warum man eine so detaillierte Regelung hier vorzieht, wenn man dann doch wieder die entsprechenden Ausnahmen zuläßt und auch noch mit Gesetz hier festschreibt. Wozu dann diese Bestimmungen?

PRÄSIDENT: Möchte der Ausschuß dazu Stellung nehmen?

Bitte, Präsident Grandi.

GRANDI: Vorrei dire che valgono le considerazioni che facevamo prima, la normativa pubblica rivede queste possibilità di deroga, naturalmente fatte salve le situazioni che consentano la deroga stessa, e quindi non posso che ribadire i concetti che fino a questo momento abbiamo illustrato.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Art. 47 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 29 Ja-Stimmen und 9 Stimmenthaltungen ist die Beschlußfähigkeit gegeben und der Art. 47 genehmigt.

DIVINA:

Art. 48
(Cauzione e penale)

1. Per la stipulazione dei contratti di cui al presente Capo non è richiesta la prestazione di cauzione provvisoria.

2. Con la deliberazione di cui all'articolo 44, il Consiglio di amministrazione può imporre la prestazione di idonea cauzione definitiva a garanzia dell'esatto adempimento di contratti ad esecuzione continuata o periodica, tenuto conto della natura, dell'oggetto e del valore del singolo contratto. I capitolati generali o speciali possono prevedere analoga garanzia per determinati tipi o categorie di contratti.

3. Dalla cauzione sono comunque esonerati gli enti pubblici e le loro aziende.

4. Il regolamento di cui all'articolo 42, comma 1, disciplina le modalità per la costituzione, lo svincolo e la restituzione della cauzione; in caso di inadempimento, negligenza o ritardo nell'esecuzione del contratto il Consiglio di amministrazione delibera l'incameramento della cauzione a titolo di penale, secondo la procedura di cui al regolamento medesimo.

5. La cauzione, ove prevista, può essere prestata tramite fideiussione bancaria o assicurativa.

6. Nei capitolati generali e speciali ovvero nella deliberazione di cui all'articolo 44 può essere stabilito, a carico della controparte che si renda inadempiente o responsabile di negligenze o ritardi, il pagamento di una penale.

Art. 48

(Kaution und Vertragsstrafe)

1. Für den Abschluß der in diesem Kapitel geregelten Verträge ist keine provisorische Kaution erforderlich.

2. Mit dem im Artikel 44 genannten Beschluß kann der Verwaltungsrat unter Berücksichtigung der Art, des Gegenstands und des Wertes des Vertrags bestimmen, daß eine angemessene endgültige Kaution als Garantie für die ordnungsgemäße Erfüllung von Daueraufträgen oder regelmäßigen Aufträgen zu leisten ist. In den allgemeinen bzw. in den besonderen Ausschreibungsbedingungen kann die Leistung einer ähnlichen Garantie für bestimmte Vertragstypen oder -kategorien vorgeschrieben werden.

3. Von der Zahlung der Kaution sind jedenfalls die öffentlichen Körperschaften und ihre Betriebe befreit.

4. Mit der im Artikel 42 Absatz 1 genannten Verordnung werden die Modalitäten für die Leistung, die Freistellung und die Rückerstattung der Kaution bestimmt; im Falle von Nichterfüllung bzw. von nachlässiger oder nicht rechtzeitiger Erfüllung des Vertrags beschließt der Verwaltungsrat die Zurückbehaltung der Kaution als Vertragsstrafe gemäß dem in der oben erwähnten Verordnung vorgesehenen Verfahren.

5. Die gegebenenfalls vorgesehene Kaution kann durch Bank- oder Versicherungsbürgschaft geleistet werden.

6. In den allgemeinen und in den besonderen Ausschreibungsbedingungen bzw. in dem im Artikel 44 genannten Beschluß kann eine Vertragsstrafe zu Lasten der Vertragspartei vorgesehen werden, die den Vertrag nicht erfüllt hat oder für dessen nachlässige oder nicht rechtzeitige Erfüllung verantwortlich ist.

PRÄSIDENT: Der Abg. Gasperotti hat das Wort.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Mi rendo sempre più conto che con una norma regionale si vuole scrivere quanto è contenuto nella contrattistica pubblica. Il fare questo, sapendo che la contrattistica pubblica è molto più veloce o almeno possibili modificazioni possono intervenire celermente, mentre la normativa regionale rimane lì per diversi anni; pensare a quanti anni ci sono voluti per modificare questa legge sulle IPAB, ritengo che sia stata una scelta infelice. Questa è una mia opinione, perché una norma regionale per tanto sia importante nella scelta di tipo regionale come la nostra, possa interpretare o almeno trascritta su questa norma regionale i contenuti dei contratti pubblici e più ci si avvicina al possibile errore, più diventa difficile uscirne.

Non intervengo più, pur rendendomi conto ancora più di prima di quanto è stata una scelta poco felice quella di aprire uno spazio legislativo all'interno di una legge come questa, inserendo il capo primo al titolo 4 e parlando di questi argomenti che possono essere meglio e più chiaramente espressi e conosciuti leggendo tutta la partita dei contratti pubblici.

PRÄSIDENT: Ich sehe aus den Reihen der Abgeordneten keine Wortmeldungen mehr. Bitte, Präsident Grandi, Sie haben das Wort.

GRANDI: Direi che questi limiti di prezzo fissati sono ampi e in quanto tali hanno la possibilità di durare per anni e quindi credo che l'articolo, così come è stato formulato, vada sicuramente bene e quindi per questa ragione chiedo l'approvazione pur rendendomi conto delle obiezioni del cons. Gasperotti.

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt über den Art. 48 ab. Die Beschlußfähigkeit und die namentliche Abstimmung ist verlangt worden. Wer ist für die namentliche Abstimmung? Genügend. Wir stimmen namentlich ab und beginnen mit der Abg. Mayr.

DENICOLO': Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*astenuto*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*non presente*), Moser (*si*), Munter (*ja*), Muraro (*si*), Pahl (*ja*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*si*), Panizza (*si*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*ja*), Pinter (*non presente*), Romano (*non presente*), Saurer (*ja*), Taverna (*astenuto*), Tosadori (*si*), Tretter (*si*), Valduga (*non presente*), Vecchi (*si*), Viola (*si*), Waldner (*non presente*), Willeit (*si*), Zanon (*astenuto*), Zendron (*astenuto*), Achmüller (*ja*), Alessandrini (*astenuto*), Andreotti (*si*), Arena (*non presente*), Atz (*non presente*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*astento*), Benussi (*non presente*), Berger (*ja*),

Binelli (*si*), Boldrini (*si*), Bolzonello (*non presente*), Bondi (*si*), Casagranda (*non presente*), Chiodi-Winkler (*astenuta*), Cigolla (*si*), Conci-Vicini (*si*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*si*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*ja*), Frick (*ja*), Gasperotti (*astenuto*), Giordani (*astenuto*), Giovanazzi (*si*), Grandi (*si*), Holzer (*non presente*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*ja*), Ianieri (*si*), Kasslatter Mur (*ja*), Klotz (*astenuta*), Kofler (*ja*), Kury (*astenuta*), Laimer (*ja*), Leitner (*astenuto*), Leveggi (*si*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende: 50
Ja-Stimmen: 36
Stimmenthaltungen: 14

Damit ist Art. 48 genehmigt.

DIVINA:

Art. 49
(*Efficacia del contratto*)

1. Il vincolo contrattuale e gli altri effetti del contratto si producono in capo all'I.P.A.B. all'atto della stipulazione definitiva ovvero al momento dell'aggiudicazione, ove questa tenga luogo di contratto. Fino a tale momento, la deliberazione a contrarre e gli altri atti del procedimento possono essere revocati, con deliberazione del Consiglio di amministrazione, per motivate ragioni di interesse pubblico.

Art. 49
(*Wirkung des Vertrags*)

1. Die vertragliche Bindung und die sonstigen vertraglichen Wirkungen entstehen für die ÖFWE mit dem endgültigen Abschluß des Vertrags bzw. mit der Auftragserteilung, wenn diese als Vertragsabschluß gilt. Bis zu diesem Zeitpunkt können der Beschluß über die Einleitung des Vertragsabschlußverfahrens und die anderen Akte des Verfahrens mit begründetem Beschluß des Verwaltungsrates aus Gründen des öffentlichen Interesses widerrufen werden.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen sehe ich keine. Die Beschlußfähigkeit und die namentliche Abstimmung ist verlangt worden. Genügend. Wir beginnen mit dem Abg. Berger.

DENICOLO': Berger (*ja*), Binelli (*non presente*), Boldrini (*si*), Bolzonello (*non presente*), Bondi (*si*), Casagranda (*non presente*), Chiodi-Winkler (*astenuta*), Cigolla

(*si*), Conci-Vicini (*si*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppo (*non presente*), Divina (*si*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*ja*), Frick (*ja*), Gasperotti (*astenuto*), Giordani (*si*), Giovanazzi (*si*), Grandi (*si*), Holzer (*non presente*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*ja*), Ianieri (*si*), Kasslatte Mur (*ja*), Klotz (*astenuta*), Kofler (*ja*), Kury (*astenuta*), Laimer (*ja*), Leitner (*astenuto*), Leveghi (*si*), Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*astenuto*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*non presente*), Moser (*si*), Munter (*ja*), Muraro (*si*), Pahl (*ja*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*si*), Panizza (*si*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*ja*), Pinter (*non presente*), Romano (*non presente*), Saurer (*ja*), Taverna (*astenuto*), Tosadori (*si*), Tretter (*si*), Valduga (*non presente*), Vecli (*si*), Viola (*si*), Waldner (*astenuto*), Willeit (*si*), Zanoni (*astenuto*), Zendron (*astenuta*), Achmüller (*ja*), Alessandrini (*si*), Andreotti (*si*), Arena (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*astento*), Benussi (*non presente*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende: 51
Ja-Stimmen: 38
Stimmenthaltungen: 13

Damit ist der Art. 49 genehmigt.

DIVINA:

Art. 50
(*Stipulazione*)

1. Salvo che nella deliberazione a contrarre sia disposto che l'aggiudicazione tiene luogo a tutti gli effetti dell'atto contrattuale, il contratto è stipulato dal Presidente del Consiglio di amministrazione o da un suo delegato.

2. Allorquando, in relazione alla natura del contratto e sempre che si tratti di contratti di fornitura di beni o servizi ovvero di appalto di lavori od opere, sia richiesta pubblicità e autenticità, si fa luogo alla stipulazione in forma pubblica amministrativa, secondo quanto stabilito nel regolamento di cui al comma 1 dell'articolo 42.

3. La stipulazione può avvenire in forma di scrittura privata anche mediante sottoscrizione autenticata o sottoscrizione dello schema contrattuale predisposto dalla controparte ovvero scambio di corrispondenza secondo gli usi commerciali.

Art. 50
(Abschluß des Vertrags)

1. Der Vertrag wird vom Präsidenten des Verwaltungsrates oder von einer vom ihm bevollmächtigten Person abgeschlossen, es sei denn, im Beschluß über die Einleitung des Vertragsabschlußverfahrens wird verfügt, daß die Auftragserteilung in jeder Hinsicht als Vertragsabschluß gilt.

2. Wenn im Hinblick auf die Art des Vertrages Offenlegungs- und Beglaubigungspflicht besteht und sofern es sich um Verträge über die Lieferung von Gütern oder Dienstleistungen oder über die Vergabe von Arbeiten oder Bauwerken handelt, wird der Vertrag in öffentlich beglaubigter Form vom beurkundenden Beamten gemäß den Bestimmungen der im Artikel 42 Absatz 1 genannten Verordnung abgeschlossen.

3. Der Vertrag kann als Privaturkunde auch mittels beglaubigter Unterschrift oder mittels Unterzeichnung der von der Gegenpartei erstellten Vertragsvorlage oder mittels Briefwechsel nach dem Handelsbrauch abgeschlossen werden.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen sehe ich keine. Wir stimmen ab. Die Beschlußfähigkeit ist verlangt worden. Wer mit dem Art. 50 einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 29 Ja-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen ist Art. 50 genehmigt.

DIVINA:

Art. 51

(Forme di contrattazione)

1. Alla scelta del contraente si fa luogo, di regola, tramite licitazione privata con le modalità di cui all'articolo 52 ovvero mediante asta pubblica, trattativa privata o appalto concorso nei casi espressamente previsti dalle disposizioni che seguono.

2. L'asta pubblica costituisce il sistema ordinario di scelta del contraente nell'ipotesi di contratti comportanti entrate per l'I.P.A.B., salvo che nella deliberazione di cui all'articolo 44 il Consiglio di amministrazione per motivate ragioni non ritenga di adottare altro procedimento previsto dalla presente legge.

3. Il ricorso all'asta pubblica è, altresì, ammesso in ogni altro caso in cui il Consiglio di amministrazione, con la stessa deliberazione indicata al comma 2, ne ravvisi l'opportunità e la convenienza.

Art. 51

(Vergabeverfahren)

1. Der Vertragspartner wird in der Regel mittels beschränkter Ausschreibung gemäß Artikel 52 bzw. - in den in den nachstehenden Bestimmungen ausdrücklich vorgesehenen Fällen - mittels öffentlicher Ausschreibung, durch freihändige Vergabe oder mittels Unternehmen-Ideenwettbewerb ausgewählt.

2. Die öffentliche Ausschreibung wird gewöhnlich zur Auswahl des Vertragspartners bei den Verträgen angewandt, aus denen Einnahmen für die ÖFWE erwachsen, es sei denn, daß der Verwaltungsrat aus berechtigten Gründen mit dem im Artikel 44 genannten Beschluß ein anderes Verfahren wählt, das in diesem Gesetz vorgesehen ist.

3. Die Anwendung der öffentlichen Ausschreibung ist ferner in jedem weiteren Fall zugelassen, in dem der Verwaltungsrat in dem im Absatz 2 genannten Beschluß es als zweckmäßig und günstig erachtet.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Art. 51 mit Feststellung der Beschlußfähigkeit ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 30 Ja-Stimmen und 10 Stimmenthaltungen ist der Artikel genehmigt.

DIVINA:

Art. 52

(Licitazione privata)

1. Con la licitazione privata si fa luogo ad una gara fra più ditte all'uopo invitate, scelte dal Consiglio di amministrazione fra quelle in possesso dei requisiti tecnico-economici e di affidabilità previsti dall'avviso di gara.

2. Nella deliberazione di cui all'articolo 44 il Consiglio di amministrazione può indicare l'elenco delle ditte che in ogni caso verranno invitate alla gara.

3. Della licitazione privata è data preventiva notizia mediante pubblicazione dell'avviso di gara all'albo dell'I.P.A.B. per un periodo di quindici giorni.

4. Per importi superiori a lire 500 milioni, deve essere dato preventivo avviso della licitazione privata da pubblicarsi su almeno due quotidiani aventi particolare diffusione nella provincia ove ha sede l'I.P.A.B., ovvero con ulteriori modalità da determinarsi nella deliberazione a contrarre di cui all'articolo 44.

5. L'avviso di gara deve indicare:

- a) l'ente proponente, gli estremi della deliberazione a contrarre, l'oggetto del contratto, il valore della prestazione ovvero l'importo base, nonché il termine per l'adempimento della prestazione stessa;
- b) l'entità e le modalità di costituzione della cauzione, ove prevista;
- c) i requisiti di capacità tecnico-economica e di affidabilità prescritti, nonché la relativa documentazione da allegarsi alla richiesta di invito;
- d) l'eventuale possibilità di partecipazione alla gara da parte di raggruppamenti temporanei di imprese;
- e) il criterio di aggiudicazione prescelto nonché i criteri e le modalità di presentazione delle offerte;
- f) il termine e le modalità per la presentazione delle richieste di invito nonché il termine, non inferiore a sessanta giorni, entro il quale si deve procedere agli inviti.

6. La richiesta di invito non vincola l'amministrazione.

7. Pervenute le richieste, l'amministrazione provvede entro il termine di cui al comma 5, lettera f), ad invitare alla gara per mezzo di lettera raccomandata con avviso di ricevimento le ditte eventualmente individuate ai sensi del comma 2, nonché le ditte ritenute idonee che abbiano presentato richiesta di partecipazione.

8. La lettera di invito, da inviarsi almeno venti giorni prima della data fissata per la gara, deve contenere:

- a) l'espresso riferimento all'avviso di gara ed ai singoli elementi in esso indicati;
- b) la data, l'ora e il luogo fissati per lo svolgimento della gara nonché il termine entro il quale devono pervenire le offerte;
- c) l'eventuale ulteriore documentazione da presentare unitamente all'offerta.

9. L'offerta non è presa in considerazione se condizionata, generica o mancante di alcuni degli elementi di cui al comma 8 anche se integrata dal riferimento ad altri atti o documenti.

10. La presentazione dell'offerta equivale a proposta irrevocabile da parte dell'offerente fino alla conclusione della procedura di gara, mentre non vincola l'amministrazione; nel caso di presentazione di più offerte da parte della stessa ditta, viene presa in considerazione unicamente l'ultima pervenuta.

11. Nel caso di discordanza fra l'importo indicato in cifre e quello indicato in lettere, si ritiene prevalente quest'ultimo.

12. La deliberazione di cui all'articolo 44 o l'avviso di gara possono anche prevedere l'invio alle ditte prescelte di uno schema di contratto con l'invito a restituirlo, previa sottoscrizione, con l'indicazione del prezzo offerto.

13. All'aggiudicazione si fa luogo, di regola, secondo il criterio del prezzo più basso. Nella deliberazione a contrarre o nell'avviso di gara è indicato uno dei seguenti criteri:

- a) offerte segrete da confrontarsi col prezzo base di asta indicato dall'amministrazione nel caso siano ammesse soltanto offerte in ribasso;
- b) offerte segrete da confrontarsi con la media delle offerte comprese entro i limiti indicati dall'amministrazione mediante scheda segreta;
- c) offerte segrete da confrontarsi con la media delle offerte contenenti maggiori ribassi;
- d) offerta economicamente più vantaggiosa, valutabile dalla apposita Commissione tecnica di non più di cinque membri costituita con deliberazione del Consiglio di amministrazione, in base ad elementi diversi, variabili a seconda della natura delle prestazioni, quali il prezzo, il termine di esecuzione o di consegna, il costo di utilizzazione, il rendimento, la qualità, il carattere estetico e funzionale, il valore tecnico, il servizio successivo alla vendita e l'assistenza tecnica. In questo caso, i criteri che saranno applicati per l'aggiudicazione della gara devono essere menzionati nel capitolato di oneri e nel bando di gara, nell'ordine decrescente di importanza che è loro attribuita.

14. Ove si tratti di contratti dai quali deriva un'entrata, l'aggiudicazione ha luogo di norma sulla base del criterio del prezzo più alto in aumento rispetto al prezzo base.

15. Le modalità di svolgimento delle gare sono disciplinate dal regolamento dell'I.P.A.B. avente ad oggetto le procedure contrattuali.

Art. 52 (Beschränkte Ausschreibung)

1. Die beschränkte Ausschreibung ist ein Vergabeverfahren, an dem sich mehrere eigens dazu aufgeforderte Unternehmen beteiligen, die vom Verwaltungsrat unter denjenigen gewählt worden sind, welche die in der Bekanntmachung vorgesehene Zuverlässigkeit und technisch-wirtschaftliche Leistungsfähigkeit besitzen.

2. In dem im Artikel 44 genannten Beschluß kann der Verwaltungsrat die Unternehmen anführen, die auf jeden Fall zur Teilnahme am Vergabeverfahren aufgefordert werden sollen.

3. Die beschränkte Ausschreibung wird mittels Aushang der Bekanntmachung an der Amtstafel der ÖFWE für die Dauer von fünfzehn Tagen veröffentlicht.

4. Bei Aufträgen im Wert von über 500 Millionen Lire muß die beschränkte Ausschreibung im voraus bekanntgegeben werden, und zwar durch Veröffentlichung einer Vorinformation in mindestens zwei Tageszeitungen, die in der Provinz, in der die ÖFWE ihren Sitz hat, viel gelesen sind, bzw. mit weiteren Modalitäten, die in dem im Artikel 44 genannten Beschluß festzulegen sind.

5. Die Bekanntmachung muß folgende Angaben enthalten:

- a) den Namen des Auftraggebers, die Nummer und das Datum des Beschlusses über die Einleitung des Vertragsabschlußverfahrens, den Gegenstand des Vertrags, den Wert der Leistung bzw. den Grundbetrag sowie die Frist für die Erfüllung;
- b) gegebenenfalls den Betrag der Kautions und die diesbezüglichen Zahlungsmodalitäten;
- c) die Anforderungen betreffend Zuverlässigkeit und technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die diesbezüglichen Nachweise, die dem Antrag auf Teilnahme beizulegen sind;
- d) die etwaige Zulassung von Bietergemeinschaften;
- e) das gewählte Kriterium für die Auftragserteilung sowie die Kriterien und die Modalitäten für die Angebotsabgabe;
- f) die Frist und die Modalitäten für die Einreichung der Anträge um Teilnahme sowie die Frist, innerhalb deren die Aufforderung zur Teilnahme zu übersenden ist (letztenannte Frist muß mindestens sechzig Tage betragen).

6. Der Antrag auf Teilnahme ist für die Verwaltung nicht bindend.

7. Nach Eingang der Anträge fordert die Verwaltung mittels Einschreiben mit Rückschein innerhalb der im Absatz 5 Buchst. f) genannten Frist die gegebenenfalls gemäß Absatz 2 bereits ausgewählten Unternehmen sowie die

Unternehmen, die als geeignet betrachtet werden und einen entsprechenden Antrag eingereicht haben, zur Teilnahme am Vergabeverfahren auf.

8. Die Aufforderung zur Teilnahme muß mindestens zwanzig Tage vor dem für die Durchführung des Vergabeverfahrens festgesetzten Termin abgesandt werden und folgende Angaben umfassen:

- a) die ausdrückliche Bezugnahme auf die Bekanntmachung und auf die einzelnen darin enthaltenen Angaben;
- b) den Tag, den Zeitpunkt und den Ort der Durchführung des Vergabeverfahrens sowie die Einsendefrist für die Angebote;
- c) die eventuellen zusätzlichen Unterlagen, die zusammen mit dem Angebot einzureichen sind.

9. Ein Angebot wird nicht berücksichtigt, wenn es Bedingungen enthält oder allgemein gehalten ist oder wenn einige der im Absatz 8 angeführten Unterlagen fehlen, auch wenn ergänzend auf sonstige Akte oder Unterlagen verwiesen wird.

10. Die Angebotsabgabe gilt als unwiderruflicher Vertragsantrag des Bieters bis zum Abschluß des Verfahrens, bindet aber die Verwaltung nicht; gibt ein Unternehmen mehrere Angebote ab, so wird ausschließlich das letzte Angebot berücksichtigt.

11. Stimmt der Betrag in Ziffern mit dem Betrag in Worten nicht überein, so gilt letzterer als maßgebend.

12. In dem im Artikel 44 genannten Beschluß oder in der Bekanntmachung kann auch festgelegt werden, daß den ausgewählten Unternehmen ein Vertragsmuster übersandt wird, den sie zu unterzeichnen und samt Angabe des angebotenen Preises zurückzusenden haben.

13. Der Zuschlag erfolgt in der Regel nach dem Kriterium des niedrigsten Preises. In dem Beschluß über die Einleitung des Vertragsabschlußverfahrens oder in der Bekanntmachung wird eines der nachstehenden Kriterien genannt:

- a) wenn ausschließlich niedrigere Angebote zugelassen sind: Geheimangebote, die mit dem von der Verwaltung angegebenen Grundpreis zu vergleichen sind;
- b) Geheimangebote, die mit dem Durchschnitt der Angebote zu vergleichen sind, die in eine von der Verwaltung bestimmte geheime Marge fallen;
- c) Geheimangebote, die mit dem Durchschnitt der Angebote mit den höchsten Unterbietungen zu vergleichen sind;
- d) wirtschaftlich günstigstes Angebot; dieses wird von einem Fachbeirat, der nicht mehr als fünf Mitglieder zählen darf und mit Beschluß des Verwaltungsrates errichtet wird, auf der Grundlage verschiedener, jeweils auf die Art der Leistungen bezogener Kriterien wie Preis, Ausführungs- oder Lieferfrist, Betriebskosten, Rentabilität, Qualität, Ästhetik, Zweckmäßigkeit, technischer Wert, Kundendienst und technische Hilfe ermittelt. In diesem Fall müssen die Kriterien für die Auftragsvergabe in den Ausschreibungsbedingungen und in der Bekanntmachung in der Reihenfolge der ihnen zuerkannten Bedeutung angeführt werden.

14. Bei Verträgen, aus denen eine Einnahme erwächst, erfolgt der Zuschlag in der Regel nach dem Kriterium der höchsten Überbietung des Grundpreises.

15. Die Modalitäten für die Abwicklung der Vergabeverfahren werden von jeder einzelnen ÖFWE mit der eigenen Verordnung über die Vertragsabschlußverfahren geregelt.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine Wortmeldungen. Die Beschlußfähigkeit und die namentliche Abstimmung ist verlangt worden. Wer schließt sich der namentlichen Abstimmung an? Genügend. Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wir beginnen beim Abg. Moser.

DIVINA: Moser (*si*), Munter (*ja*), Muraro (*si*), Pahl (*ja*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*si*), Panizza (*si*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*ja*), Pinter (*non presente*), Romano (*non presente*), Saurer (*ja*), Taverna (*astenuto*), Tosadori (*si*), Tretter (*si*), Valduga (*non presente*), Vecchi (*si*), Viola (*si*), Waldner (*astenuto*), Willeit (*si*), Zanoni (*astenuto*), Zendron (*astenuta*), Achmüller (*ja*), Alessandrini (*astenuto*), Andreotti (*si*), Arena (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*astenuto*), Benussi (*non presente*), Berger (*ja*), Binelli (*si*), Boldrini (*si*), Bolzonello (*non presente*), Bondi (*si*), Casagranda (*non presente*), Chiodi-Winkler (*astenuta*), Cigolla (*si*), Conci-Vicini (*si*), Delladio (*non presente*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*si*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*ja*), Frick (*ja*), Gasperotti (*astenuto*), Giordani (*si*), Giovanazzi (*si*), Grandi (*si*), Holzer (*non presente*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*si*), Ianieri (*si*), Kasslatte Mur (*ja*), Klotz (*astenuta*), Kofler (*si*), Kury (*astenuta*), Laimer (*ja*), Leitner (*non presente*), Levegghi (*astenuto*), Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*astenuto*), Montefiori (*si*), Morandini (*non presente*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende: 52
Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Stimmenthaltungen: 14

Damit ist Art. 52 genehmigt.

DIVINA:

Art. 53
(*Asta pubblica*)

1. Nel caso di asta pubblica si fa luogo ad una gara fra tutte le persone o ditte in possesso dei requisiti prescritti, le quali presentino offerta in regola con le disposizioni del bando.

2. Il procedimento di gara e l'aggiudicazione sono disciplinati dalle disposizioni di cui ai commi 3, 4, 5, 9, 10 e 11 dell'articolo 52, in quanto compatibili nonché da apposite disposizioni del regolamento sulle procedure contrattuali.

3. L'aggiudicazione è disposta in favore del concorrente che ha formulato l'offerta più vantaggiosa per l'amministrazione. Qualora nel bando relativo a contratti attivi sia indicato il prezzo base sono ammesse solo offerte in aumento, rispettivamente in diminuzione nel caso di contratti passivi.

Art. 53

(Öffentliche Ausschreibung)

1. Die öffentliche Ausschreibung ist ein Vergabeverfahren, an dem sich sämtliche Personen oder Unternehmen beteiligen, welche die vorgeschriebenen Anforderungen erfüllen und ein Angebot gemäß den Bestimmungen der Bekanntmachung abgeben.

2. Für die Abwicklung des Vergabeverfahrens und die Zuschlagserteilung gelten die Bestimmungen des Artikels 52 Absatz 3, 4, 5, 9, 10 und 11, soweit anwendbar, sowie die einschlägigen Bestimmungen der Verordnung über die Vertragsabschlußverfahren.

3. Den Zuschlag erhält der Bieter, der das für die Verwaltung günstigste Angebot abgegeben hat. Wird in der Bekanntmachung ein Grundpreis angegeben, so sind bei der Vergabe aktiver Verträge ausschließlich höhere Angebote bzw. bei der Vergabe passiver Verträge ausschließlich niedrigere Angebote zugelassen.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen?

Bitte, Abg. Benedikter.

BENEDIKTER: Der dritte Absatz sagt: "Für die Abwicklung des Vergabeverfahrens gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes über die beschränkte Ausschreibung, soweit sie anwendbar sind und sofern in diesem Artikel nichts anders verfügt wird". Jetzt bitte ich um eine Erläuterung, denn da sind nämlich zwei Bedingungen. Was ist da "anwendbar" und zweitens "sofern nichts anderes verfügt ist". Ja, dann bleibt ja nichts mehr übrig. Wenn man die Bestimmungen durchgeht, dann bleibt unter diesen Bedingungen, soweit sie anwendbar sind und sofern in diesem Artikel nichts anderes verfügt wird, nichts mehr übrig. Das ist genau das Gegenteil einer deutlichen Verfügung für alle Bürger, die lesen und schreiben können, die erlaubt, daß man das Gesetz verstehen soll.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. ...Abg. Benedikter, Sie sind der Zeit vorausgeilt. Wir sind beim Art. 53 und Sie haben zum Art. 54 geredet. Wir stimmen jetzt über Art. 53 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 8 Enthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen ist der Art. 53 genehmigt.

WILLEIT:

Art. 54
(Appalto concorso)

1. Si fa luogo ad appalto concorso allorché, per ragioni indicate nella deliberazione a contrarre, appaia opportuno avvalersi della collaborazione e dell'apporto di particolari competenze tecnico-scientifiche da parte dell'offerente per l'elaborazione del progetto definitivo o della proposta di vendita in vista della determinazione dell'oggetto e del contenuto contrattuale, ovvero allorché siano richiesti particolari mezzi di esecuzione.

2. In tali casi, con la deliberazione è approvato il progetto o la proposta di massima al quale fa rinvio l'avviso di gara.

3. Il procedimento di gara, salvo quanto diversamente disposto dal presente articolo, è disciplinato dalle disposizioni della presente legge relative alla licitazione privata, se compatibili.

4. Le persone o ditte prescelte, in base ai loro requisiti di capacità e affidabilità, tra quelle che hanno richiesto di partecipare alla gara secondo le modalità previste nell'avviso nonché le altre che sono state eventualmente individuate dall'Amministrazione, sono invitate a presentare la propria offerta contenente il progetto definitivo, le condizioni di esecuzione e i prezzi nei termini e nelle forme stabilite dalla stessa lettera di invito.

5. L'aggiudicazione è disposta dal Consiglio di amministrazione in base all'esame comparativo delle offerte presentate, tenuto conto degli elementi tecnici ed economici, sentito il parere di apposita Commissione tecnica di non più di cinque membri costituita con deliberazione del Consiglio di amministrazione medesimo.

6. Ove nessuna delle offerte risulti rispondente alle esigenze dell'I.P.A.B., il Consiglio di amministrazione può motivatamente disporre la rinnovazione della procedura con l'eventuale adozione di nuove ed ulteriori prescrizioni.

7. Nel bando di concorso può essere previsto un rimborso forfettario delle spese sostenute per i progetti risultanti non vincitori.

8. All'aggiudicazione deve seguire la stipulazione, nelle forme di cui all'articolo 50.

Art. 54
(Unternehmen-Ideenwettbewerb)

1. Es wird ein Unternehmen-Ideenwettbewerb ausgeschrieben, wenn es aus bestimmten Gründen, die im Beschluß über die Einleitung des Vertragsabschlußverfahrens anzugeben sind, als zweckmäßig erscheint, die Mitarbeit und das besondere technische und wissenschaftliche Können des Bieters für die Ausarbeitung des endgültigen Projektes bzw. des endgültigen Angebots im Hinblick auf

die genaue Bestimmung von Vertragsgegenstand und -inhalt in Anspruch zu nehmen, oder wenn besondere Mittel zur Ausführung des Auftrags notwendig sind.

2. In solchen Fällen wird zusammen mit dem Beschluß auch der Projektentwurf bzw. der Angebotsentwurf genehmigt, auf den in der Bekanntmachung verwiesen wird.

3. Für die Abwicklung des Vergabeverfahrens gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes über die beschränkte Ausschreibung, soweit sie anwendbar sind und sofern in diesem Artikel nichts anders verfügt wird.

4. Die Personen oder Unternehmen, die auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit unter den Bewerbern ausgewählt worden sind, die einen Antrag auf Teilnahme gemäß den in der Bekanntmachung festgelegten Modalitäten eingereicht hatten, sowie die weiteren Personen oder Unternehmen, die gegebenenfalls von der Verwaltung ausgewählt worden sind, werden dazu aufgefordert, ein Angebot mit dem endgültigen Projekt, den Ausführungsbedingungen und den Preisen abzugeben. Die Angebotsabgabe hat in der Frist und mit den Modalitäten zu erfolgen, die in der Aufforderung genannt sind.

5. Die Zuschlagserteilung wird vom Verwaltungsrat nach Gegenüberstellung der eingelangten Angebote unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Aspekte und nach Anhören eines Fachbeirats verfügt, der nicht mehr als fünf Mitglieder zählen darf und mit Beschluß des Verwaltungsrates errichtet wird.

6. Entspricht kein Angebot den Erfordernissen der ÖFWE, so kann der Verwaltungsrat unter ausdrücklicher Angabe der Gründe verfügen, daß das Verfahren erneut, gegebenenfalls mit neuen bzw. zusätzlichen Anforderungen, durchgeführt wird.

7. In der Bekanntmachung kann eine Pauschalvergütung der Spesen vorgesehen werden, die für die nicht erfolgreichen Wettbewerbsarbeiten bestritten wurden.

8. Der Zuschlagserteilung muß der Vertragsabschluß gemäß Artikel 50 folgen.

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter, jetzt sind wir am richtigen Platz. Sie haben das Wort.

BENEDIKTER: Präsident Grandi hat es schon verfolgt. Aber ich möchte nur sagen, eine solche Bestimmung ist der Gipfel der Unklarheit. Da kennt man sich wirklich nicht mehr aus. Ohne diesen Absatz würde es noch klar erscheinen, aber man kann nicht in einem Artikel eines Gesetzes mit 70 Artikeln sagen: "Für die Abwicklung des Vergabeverfahrens gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes über die beschränkte Ausschreibung, ...", das ist klar, das braucht man nicht zu wiederholen, "...soweit sie anwendbar sind..." aber dann müßte man im Gesetz selber sagen, es gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes mit Ausnahme folgender Bestimmungen "soweit sie anwendbar sind und sofern in diesem Artikel nichts anders verfügt wird". Aber das Gesetz wird ja nicht nur für einige wenige gemacht, die es ausgearbeitet haben und die es dann der Bevölkerung erläutern können, sondern es muß für alle lesbar sein. In

solchen Fällen müßte man sagen: "Für die Abwicklung des Vergabeverfahrens gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes über die beschränkte Ausschreibung mit Ausnahme..., denn es gibt Bestimmungen im Gesetz, die nicht anwendbar sind; dann sollen sie genannt werden.

Wir sind ja mitten im Gesetz, nicht, daß dann eine Auslegungauseinandersetzung entsteht, was ist jetzt anwendbar und was nicht. Das ist doch nicht der Sinn des Gesetzes, daß man sich mit solchen Rätseln befassen muß. Also "soweit sie anwendbar sind und sofern in diesem Artikel nichts anders verfügt wird". Da kann ich ja sagen, gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes mit Ausnahme folgender Artikel oder sonst irgendwie, aber nicht so ein Wirrwarr, wo man noch dazu einen eigenen Rechtsberater braucht, der hier gewissermaßen eine Doktorarbeit darüber verfassen muß, was gilt und was nicht gilt, und letzten Endes entscheidet dann vielleicht die Gerichtsbehörde. Das ist doch nicht der Zweck der Übung.

PRÄSIDENT: Wenn keine Abgeordneten das Wort verlangen, gebe ich das Wort dem Präsidenten Grandi zur Replik.

GRANDI: Volevo dire che la ratio di questo art. 54 è sostanzialmente la seguente: Anzi tutto nel caso di specie si deve applicare quanto prevede l'art. 54, poi per quanto riguarda il non previsto si deve fare rinvio alle norme sulla licitazione, sempre che queste siano compatibili con l'appalto concorso. Cosa vuol dire questo "sempre se compatibili"? Vuol dire che, se ci sono norme specifiche della licitazione non si possono, in questo caso, applicare all'appalto concorso.

Dopo di che voglio dire che, certo che la norma deve essere leggibile, ma bisogna anche tener conto del contenuto tecnico di queste norme e quindi la leggibilità non può tornare a discapito, naturalmente, di quella che è una sua intrinseca complicatezza che queste norme portano con se. A detta dei tecnici, ma mi pare anche rileggendo questo art. 54, in fondo sia una norma sufficientemente chiara, per questa ragione e con queste specificazioni riteniamo che comunque questo articolo possa essere proposto all'esame del Consiglio così come è stato formulato.

PRÄSIDENT: Wir stimmen ab. Die Beschlußfähigkeit muß festgestellt werden. Wer mit dem Art. 54 einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 30 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 9 Stimmenthaltungen ist der Art. 54 genehmigt.

WILLEIT:

Art. 55
(*Trattativa privata*)

1. Con la trattativa privata si fa luogo alla conclusione del contratto con la persona o la ditta ritenuti idonei previo eventuale confronto concorrenziale.

2. Il ricorso alla trattativa privata è ammesso nei seguenti casi:

- a) quando la gara sia andata deserta ovvero non si sia comunque fatto luogo ad aggiudicazione, purché restino sostanzialmente ferme le condizioni di cui alla proposta iniziale;
- b) per l'acquisto di beni o la fornitura di servizi la cui produzione è garantita da privativa industriale o che una sola ditta può fornire con i requisiti tecnici ed il grado di perfezione richiesti;
- c) per l'acquisto di beni o la fornitura di servizi la cui natura rende impossibile l'espletamento di pubbliche gare;
- d) per l'acquisizione di prodotti ad alta tecnologia o per la realizzazione di programmi di ricerca ad elevato contenuto tecnico o scientifico;
- e) per prestazioni di carattere integrativo o complementare rispetto a quelle già previste in precedente contratto, sempre che l'affidamento avvenga in favore dell'originario contraente ed inoltre sussistano motivate ragioni di opportunità o di urgenza e l'ammontare del nuovo contratto non superi complessivamente il 50 per cento dell'importo di quello originario;
- f) nei casi di cui all'articolo 52, comma 14, quando la vendita è connessa con l'acquisto di beni da disporsi a trattativa privata;
- g) quando l'urgenza, determinata da circostanze imprevedibili da indicare nella deliberazione a contrarre, non consenta di far luogo a pubblica gara;
- h) allorché il valore del contratto, fermo restando il divieto di cui all'articolo 45, comma 3, non superi:
 - lire 150 milioni per le I.P.A.B. della I categoria,
 - lire 100 milioni per le I.P.A.B. della II categoria,
 - lire 70 milioni per le I.P.A.B. della III categoria;
- i) ove ricorrano gravi ed eccezionali circostanze, di cui dovrà essere data giustificazione nella deliberazione a contrarre, le quali non consentano di espletare utilmente la pubblica gara.

3. La deliberazione a contrarre deve contenere espressa motivazione circa la sussistenza dei presupposti che legittimano il ricorso alla trattativa privata.

4. Ove ricorrano le ipotesi di cui alle lettere b) ed e) del comma 2, nonché in quella di cui alla lettera h) se l'importo contrattuale non eccede lire 50 milioni per le I.P.A.B. della I categoria, lire 30 milioni per le I.P.A.B. della II categoria e lire 20 milioni per le I.P.A.B. della III categoria, il contratto può essere concluso mediante trattativa diretta con il soggetto o la ditta ritenuti idonei.

5. All'infuori dei casi previsti dal comma 4, salvo diversa motivata determinazione nella deliberazione di cui all'articolo 44, si fa luogo ad un confronto concorrenziale tra almeno tre persone o ditte scelte discrezionalmente fra quelle in possesso dei requisiti necessari sulla base delle modalità e dei criteri determinati dal regolamento di attuazione.

Art. 55
(Freihändige Vergabe)

1. Bei der freihändigen Vergabe wird der Vertrag mit der Person oder dem Unternehmen abgeschlossen, die bzw. das - eventuell nach Gegenüberstellung verschiedener Angebote - für geeignet erachtet wird.

2. Die Anwendung der freihändigen Vergabe ist in den folgenden Fällen zulässig:

- a) wenn im Rahmen einer öffentlichen oder einer beschränkten Ausschreibung keine gültigen Angebote abgegeben worden sind oder die Zuschlagserteilung nicht stattgefunden hat, vorausgesetzt, daß die Bedingungen des ersten Vergabeverfahrens im wesentlichen unverändert bleiben;
- b) für die Beschaffung von Gütern oder Lieferungen, deren Produktion unter Erfindungsschutz steht oder für die nur ein einziges Unternehmen die technischen Anforderungen erfüllen und den erforderlichen Perfektionsgrad gewährleisten kann;
- c) für den Ankauf von Gütern oder für Lieferungen, deren Beschaffenheit die Anwendung einer öffentlichen oder einer beschränkten Ausschreibung nicht gestattet;
- d) für die Beschaffung von Erzeugnissen der Hochtechnologie oder für die Durchführung von Forschungsprogrammen von besonderer technischer oder wissenschaftlicher Natur;
- e) für zusätzliche oder ergänzende Leistungen zu einem bereits abgeschlossenen Vertrag, vorausgesetzt, daß sie an den ursprünglichen Auftragnehmer vergeben werden, daß ferner berechtigte Gründe der Zweckmäßigkeit oder der Dringlichkeit dafür bestehen und daß der Wert des neuen Vertrags insgesamt fünfzig Prozent des Wertes des ursprünglichen Vertrags nicht überschreitet;
- f) in den im Artikel 52 Absatz 14 angeführten Fällen, wenn der Verkauf mit dem freihändigen Ankauf von Gütern verbunden ist;
- g) wenn aus dringenden unvorhersehbaren Gründen, die im Beschluß über die Einleitung des Vertragsabschlußverfahrens angegeben werden müssen, weder eine öffentliche noch eine beschränkte Ausschreibung anberaumt werden kann;
- h) wenn der Vertragswert - unbeschadet des Verbots gemäß Artikel 45 Absatz 3 - den Betrag von
 - 150 Millionen Lire bei den ÖFWE der 1. Kategorie,
 - 100 Millionen Lire bei den ÖFWE der 2. Kategorie,
 - 70 Millionen Lire bei den ÖFWE der 3. Kategorienicht überschreitet;
- i) angesichts schwerwiegender und außerordentlicher Umstände, die es nicht ermöglichen, eine öffentliche oder eine beschränkte Ausschreibung mit Erfolg auszuführen; besagte Umstände müssen im Beschluß über die Einleitung des Vertragsabschlußverfahrens begründet werden.

3. Im Beschluß über die Einleitung des Vertragsabschlußverfahrens müssen die Voraussetzungen, welche die Anwendung der freihändigen Vergabe rechtfertigen, genau angeführt und begründet werden.

4. In den im Absatz 2 Buchst. b) und e) genannten Fällen kann der Vertrag mittels direkter Verhandlung mit der als geeignet betrachteten Person bzw. mit dem als geeignet betrachteten Unternehmen abgeschlossen werden; dies gilt auch für den Fall gemäß Absatz 2 Buchst. h), sofern der Vertragswert den Betrag von 50 Millionen Lire bei den ÖFWE der 1. Kategorie, 30 Millionen Lire bei den ÖFWE der 2. Kategorie und 20 Millionen Lire bei den ÖFWE der 3. Kategorie nicht überschreitet.

5. Außer in den im Absatz 4 vorgesehenen Fällen und unbeschadet anderslautender begründeter Verfügung des im Artikel 44 genannten Beschlusses werden bei der freihändigen Vergabe die Angebote von mindestens drei Personen bzw. Unternehmen gegenübergestellt, die nach freiem Ermessen gemäß den in der Durchführungsverordnung angeführten Modalitäten und Kriterien unter den Personen oder Unternehmen ausgewählt werden, welche die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen.

PRÄSIDENT: Wir schließen damit die Arbeiten ab und sehen uns morgen um 10.00 Uhr. Um 9.00 Uhr tagt die Wahlprüfungskommission.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ore 18.04)

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 27:

Disciplina delle Istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza della Regione Trentino-Alto Adige (presentato dal consigliere regionale Pinter);

Disegno di legge n. 34:

Nuove disposizioni in materia di Istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza (presentato dalla Giunta regionale)

Gesetzentwurf Nr. 27:

Regelung der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen der Region Trentino-Südtirol (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter)

Gesetzentwurf Nr. 34:

Neue Bestimmungen auf dem Sachgebiet der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen (eingebracht vom Regionalausschuß)

pag. 1

Seite 1

Interrogazioni e interpellanze

Anfragen und Interpellationen

pag. 60

Seite 60

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i> 53-55	pag.	2-9-11-16-18-24-33-34-40-
GRANDI Tarcisio <i>(Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)</i> 43-	"	4-6-10-17-19-22-25-35-41- 44-56
LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	"	6
GASPEROTTI Guido <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	7-10-16-20-24-25-38-44
MAYR Christine <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	13
WILLEIT Carlo <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)</i>	"	33
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	39-42